

Arbeitsheft 2

1. Tagung des 6. Landesparteitages
am 17. und 18. März 2018 in Potsdam

Stand: 1. März 2018

Inhalt

Vorläufige Tagesordnung (NEU, Stand: 2. Februar 2018)	4
Geschäftsordnung (NEU, Stand: 2. Februar 2018)	6
Zusammensetzung der Kommissionen	8
Bericht des Landesvorstands	9
Bericht des Landesausschusses	32
Bericht der Landesfinanzrevisionskommission	34
Bericht der Landesschiedskommission	36
Antrag A1 NEU: Ein neues Agrarleitbild für Brandenburg! (Stand: 27. Februar 2018)	37
Antrag A3 NEU: Erarbeitung eines Vorschlags für die Landesliste zu den nächsten Landtagswahlen (Stand: 5. Februar 2018)	40
Antrag A4 NEU: Zusammensetzung des Landesvorstands (Stand: 5. Februar 2018)	42
Antrag A10: Landgrabbing wirksam bekämpfen!	44
Antrag A11: 2018 – Jahr des Friedens	45
Antrag A12: Aufstellung von Landeslisten	46
Antrag A13: Bundesinitiativen zur Einordnung breitbandiger Internetanschlüsse als Universaldienstleistungen nach § 78 Telekommunikationsgesetz (TKG)	47
Antrag A14 NEU: Straßenbahnen in Brandenburg erhalten! (Stand: 1. März 2018)	48
Antrag A15: Einführung einer „Neuen-Quote“ auf Landeslisten	50
Änderungsantrag ÄÄ L1.1 zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“	52
Änderungsantrag ÄÄ L1.2	58
Änderungsantrag ÄÄ L1.3	59
Änderungsantrag ÄÄ L1.4	60
Änderungsantrag ÄÄ L1.5	61
Änderungsantrag ÄÄ L1.6	62
Änderungsantrag ÄÄ L1.7	69
Änderungsantrag ÄÄ L1.8	70
Änderungsantrag ÄÄ L1.9	71

Vorläufige Tagesordnung der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg am 17. und 18. März 2018 in Potsdam

Tagungsort: Kongresshotel Potsdam

Samstag, 17. März 2018

- 10.00 Uhr Eröffnung des Parteitags durch die OB-Kandidatin der LINKEN in Potsdam, Martina Trauth
- 10.10 Uhr Konstituierung des Parteitages:
- * Wahl des Tagungspräsidiums
 - * Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan, der Geschäftsordnung und der Wahlordnung
 - * Wahl der Kommissionen:
 - Mandatsprüfungskommission
 - Wahlkommission
 - Redaktions- und Antragskommission
- 10.30 Uhr Rede des Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Christian Görke
- 11.00 Uhr Einbringung des Leitantrags
- 11.20 Uhr Generaldebatte und Aussprache zu den Berichten von Landesvorstand, Landesausschuss, Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission
- 13.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte
- 15.00 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 15.05 Uhr Antragsdebatte und Beschlussfassung zum Leitantrag
- 15.30 Uhr Bestätigung der Berichte von Landesvorstand, Landesausschuss, Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission, Entlastung des Landesvorstands
- 15.45 Uhr Kaffeepause
- 16.15 Uhr Beschlussfassung zur Zusammensetzung des GLV, insbesondere Zahl der Vorsitzenden und Anzahl der Stellvertreter*innen
- 16.20 Uhr Aufstellung der Listen zur Wahl des/der Vorsitzende/n, Vorstellung der Kandidat*innen für den Landesvorsitz, Wahlgänge
- 17.15 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
Aufstellung der Listen für die Funktionen:
- * der weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - * der weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden (gemischte Liste)
 - * der Landesgeschäftsführerin/ des Landesgeschäftsführers
 - * der Landesschatzmeisterin/ des Landesschatzmeisters

- 18.15 Uhr Wahlgänge (können gemeinsam erfolgen, wenn alle erklären, bei Nichtwahl für keine der anderen Funktionen anzutreten)
- 18.45 Uhr Antragsbefassung (weitere Anträge)
- 19.15 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 19.30 Uhr Abendessen, Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 18. März 2018

- 9.00 Uhr Aufstellung der Listen zur Sicherung der Mindestquotierung zur Wahl der Mitglieder des Landesvorstands und des Bundesausschusses, Wahlgang
- 10.00 Uhr Rede des Parteivorsitzenden, Bernd Riexinger
- 10.20 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- 10.25 Uhr Aufstellung der gemischten Listen zur Wahl der Mitglieder des Landesvorstands und des Bundesausschusses, Wahlgang
- 11.25 Uhr Einbringung Antrag kommunalpolitische Leitlinien
- 11.35 Uhr Debatte und Beschlussfassung
- 12.15 Uhr Bekanntgabe Wahlergebnisse
- 12.20 Uhr Mittagspause
- 13.20 Uhr Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Ralf Christoffers
- 13.40 Uhr Aufstellung der Listen zur Sicherung der Mindestquotierung für Wahl der Mitglieder:
* der Landesfinanzrevisionskommission
* der Landesschiedskommission
* der Ersatzmitglieder Bundesausschuss
Wahlgang
- 14.20 Uhr Aufstellung der gemischten Listen zur Wahl der Mitglieder:
* der Landesfinanzrevisionskommission
* der Landesschiedskommission
* der Ersatzmitglieder Bundesausschuss
Bekanntgabe Wahlergebnisse Wahlgang der Listen zur Sicherung der Mindestquotierung, Wahlgang
- 15.00 Uhr weitere Anträge, Diskussion und Beschlussfassung, Bekanntgabe Wahlergebnisse gemischte Listen
- 15.30 Uhr Schlussworte des/der neu gewählten Landesvorsitzende/n, Ende des Landesparteitags

Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

(1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Tagungspräsidium, welches aus bis zu 12 Delegierten des Parteitages besteht.

(2) Der Landesvorstand benennt vor dem Landesparteitag gemäß § 16 Abs. 9 Landessatzung zur Vorbereitung:

- das Tagungspräsidium
- die Mandatsprüfungskommission
- die Redaktions- und Antragskommission
- die Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt die bzw. ggfs. andere Bewerber*innen in die Kommissionen als Arbeitsgremien des Parteitages. Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.

(3) In die Mandatsprüfungskommission, Antrags- und Redaktionskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.

(4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Rahmenzeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

(1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend ist.

(2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.

(3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

(1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(2) Das Wort wird durch das Tagungspräsidium erteilt. Spricht ein/e Redner/in nicht zur Tagesordnung oder wird unsachlich, so ist sie/er zunächst zur Ordnung zu rufen. Setzt sie/er ihr/sein Verhalten fort, so ist ihr/ihm das Wort durch das Tagungspräsidium zu entziehen. Es darf ihr/ihm zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht erneut erteilt werden. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

(3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Tagungspräsidium oder an Redner*innen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.

(4) Die Redezeiten betragen in der Regel fünf, längstens acht Minuten, bei Gegen- und Fürreden bei der Antragsbehandlung eine Minute, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Rahmenzeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von Kandidat*innen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.

5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung, Antragsbehandlung

(1) Stimmrecht haben alle anwesenden, satzungsgemäß gewählten Delegierten.

(2) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst.

(3) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung nach der Anmeldung bei der Tagungsleitung zum Abstimmungsverhalten abzugeben. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

(4) Antragsteller*innen haben das Recht, ihre Anträge vor dem Plenum zu begründen. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag und hiernach dafür das Wort.

(5) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag und hiernach dafür das Wort.

(6) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

Kommissionen, Landesparteitag 17./18. März 2018

Zusammensetzung der Kommissionen

Tagungspräsidium:

- Bettina Fortunato (MOL)
- Andrea Johlige (HVL)
- Monika von der Lippe (LDS)
- Anne-Frieda Reincke (UM)
- Felix Thier (TF)
- Isabelle Vandre (solid, UM)
- Fritz Viertel (LOS)
- Sebastian Walter (BAR)
- René Wilke (FFO)

Wahlkommission:

- Matthias Böhme (MOL)
- Ursel Degner (OHV)
- Monika Förster (EE)
- Karin Heckert (HVL)
- Daniel Herzog (BRB/H)
- Kerstin Meier (FFO)
- Heiko Poppe (UM)

Wahlhelfer*innen: Roland Scharp (LGS, TF), Maik Stahr (EE),

Zähler*innen: Martin Schultheiß (MOL), Uwe Tippelt (LOS)

Mandatsprüfungskommission:

- Maritta Böttcher (TF)
- Joachim Fiedler (MOL)
- Petra Pannicke (P)

Antragskommission:

- Thomas Domres (PR)
- Tina Lange (solid, P)
- Anja Mayer (Landesvorstand, P)
- Norbert Müller (Landesvorstand, P)
- Christopher Neumann (LAU)

Mitarbeitende: Martin Günther (Landesvorstand, BAR)

Bericht des Landesvorstands

Nach dem Templiner Wahlparteitag im März 2016 hat der neugewählte Landesvorstand auf seiner Klausur Verantwortlichkeiten, Arbeitsweise und Arbeitsplanung beraten. Der Landesvorstand bestimmte Ansprechpartner*innen für alle Kreisverbände und alle innerparteilichen Zusammenschlüsse.

Die Wahlperiode des Landesvorstands war im ersten Jahr vor allem geprägt von der innerparteilichen Nachbereitung des Landesparteitags und der Kreisbereisung. Ein weiterer Schwerpunkt der Amtszeit des Landesvorstands war die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl 2017 sowie die ersten Vorbereitungen für die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Dieser Bericht bezieht sich auf die Kalenderjahre 2016 und 2017.

Wahlen und Wahlkämpfe

In der unmittelbaren Verantwortung des Landesvorstandes wurden in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2017 nachfolgende inhaltliche und personelle Voraussetzungen geschaffen:

Erarbeitung eines Leitantrags zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2017 an den Landesparteitag im März 2016 in Templin

Seit Ende 2015 wurde auf Landesebene über die Bundestagswahl 2017 und ihre inhaltliche Vorbereitung im Landesverband diskutiert. Ein erster Entwurf wurde vom Landesvorstand im Dezember diskutiert und nach einer Überarbeitung im Januar 2016 per Umlaufverfahren des Landesvorstandes zum Leitantrag des Landesvorstandes zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 an den Landesparteitag am 5./6. März 2016 in Templin beschlossen. Der Landesparteitag hat dem Leitantrag nach inhaltlicher Debatte mit wenigen Änderungsanträgen zugestimmt. Damit lag eine gemeinsame Grundlage für die weitere organisatorische und inhaltliche Arbeit im Landesverband vor.

Die Aufstellung der Direktkandidat*innen in den Bundestagswahlkreisen

Durch die Entscheidung des Landesvorstandes die Landesliste spätestens im November 2016 aufzustellen und die gleichzeitige Empfehlung an die Kreisverbände die Direktkandidat*innen auch für eine Kandidatur auf der Landesliste vorzusehen, war es erforderlich, die Direktkandidat*innen unmittelbar nach der Sommerpause zu nominieren. Durch die Landesgeschäftsstelle und das Landeswahlbüro wurden in diesem Zusammenhang inhaltliche und organisatorische Hilfen in Form von Handreichungen, Musterdokumenten, Abgleich von Mitgliederdaten u. ä. geleistet. Es war gesichert, dass an jedem Nominierungstermin in den Bundestagswahlkreisen mindestens ein Mitglied des GLV bzw. des Wahlstabes anwesend war. Die Aufstellung der Direktkandidat*innen erfolgte in allen Fällen fehlerfrei, Einsprüche gegen Nominierungen gab es nicht. Der Zeitplan bis zur Vertreter*innenversammlung wurde eingehalten.

Die Aufstellung der Landesliste durch die Landesvertreter*innenversammlung und die Einreichung der Landesliste

Die Aufstellung der Landesliste erfolgte am 26. November 2016 in der Stadthalle Falkensee. Der Tagungsort war für diesen Zweck gut geeignet und eine ordnungsgemäße Durchführung gewährleistet. Die Kreisverbände sind der Empfehlung des Landesvorstandes gefolgt und haben die Direktkandidat*innen für die Liste nominiert. Der Landesvorstand und der Landesausschuss haben der Vertreter*innenversammlung durch getrennte Voten einen Vorschlag für die Spitzenkandidatur und die Listenplätze Eins bis Drei vorgelegt. Ab Platz Vier gab es ein verabredungsgemäß offenes Verfahren und keinen Vorschlag mehr.

Die Vertreter*innenversammlung verlief ohne Komplikationen und rechtskonform. Die Erarbeitung eines detaillierten Regieplanes für das Arbeitspräsidium und das Organisationsteam war sehr hilfreich.

Für die spätere Erstellung der Landesliste hat sich bewährt, die notwendigen Anlagen zur Landesliste bereits in der Versammlung herzustellen und die Unterschriften einzuholen. Das Angebot der Landesgeschäftsstelle, die Unterlagen für die Wahlkreise zentral zu erstellen, wurde von fast allen Wahlkreisen angenommen. Dadurch konnten Fehler und Unstimmigkeiten im Vorfeld erkannt und beseitigt werden. Die Landesliste und die Kreiswahlvorschläge wurden fristgerecht und fehlerfrei abgegeben.

Der genaue Ablauf der Wahlkampagne ist im Wahlkampfabschlussbericht des Landeswahlkampf büros nachzulesen, daraus ergaben sich folgende Empfehlungen an den Landesvorstand:

1. Der Landesvorstand sollte unmittelbar mit der Entwicklung eines integrierten Arbeits- und Zeitplans zur Vorbereitung der drei Wahlkämpfe 2019 (Kommunalwahl, EP-Wahl, Landtagswahl) einschließlich der Nachbereitung durch den Landesvorstand in Abstimmung mit dem Landesausschuss beginnen.

Der Arbeits- und Zeitplan bis 2019 wurde im Rahmen der Jahresplanung erarbeitet und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

2. Der Landesvorstand sollte erneut eine Kommission Strategie und Wahlen zur Vorbereitung der drei Wahlen 2019 berufen.

Dieser Empfehlung kam der Landesvorstand sofort nach. Die Kommission Strategie und Wahlen wurde berufen.

3. Der Landesvorstand sollte die Berufung eines Landeswahlkampf büros zur organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Wahlkämpfe 2019 unter Berücksichtigung der unterschiedlichen qualitativen und quantitativen Anforderung der Kommunal-, der EP-Wahl und der Landtagswahl vorbereiten. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass alle politischen Ebenen des Landesverbandes repräsentiert sind.

Der Landesvorstand beschloss in Absprache mit Thomas Nord und dem Landeswahlkampfbüro den Fortbestand des Landeswahlkampfbüros unter der kommissarischen Leitung von Ronny Kretschmer und Anja Mayer. Nach der Wahl des neuen Landesvorstandes sollte eine Wahlkampfleitung sowie ein Wahlstab berufen werden und eine Sitzung des Landeswahlkampfbüros einberufen werden.

4. Der Landesvorstand sollte eine Überprüfung der Leitbilder für Brandenburg (2008 und 2013) mit der Zielstellung einer Aktualisierung ins Auge fassen. Dieser Beschluss sollte durch die Berufung einer Arbeitsgruppe, in der alle relevanten Ebenen des Landesverbandes repräsentiert sind und einen konkreten Arbeits-, Zeit und Beschlussplan untersetzt werden.

Diese Empfehlung ist zur Beratung in der Kommission Strategie und Wahlen vorgesehen.

5. Der Landesvorstand sollte die Erarbeitung eines Entwurfs für einen Leitantrag an den Landesparteitag im Frühjahr 2018 in Auftrag geben, in der die Arbeits- und Zeitlinien skizziert werden und erste politische Positionierungen erkennbar werden. Hierbei sollte auf eine Gleichgewichtung der Wahlkämpfe und ihrer notwendigen Vorbereitungen geachtet werden.

Dieser Punkt ist erfolgt.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurde das Konzept der Großveranstaltungen als Familienfeste ausprobiert. So wurden zu fast allen Großveranstaltungen Elemente wie Hüpfburgen, Getränkestände, Popcornmaschinen, Spielecken etc. implementiert. Dies hat sich bewährt und sollte bei künftigen Wahlkämpfen fortgeführt und optimiert werden. Experimentiert wurde ebenfalls mit Facebook-Live-Veranstaltungen und dem Format „Auf einen Kaffee mit...“. Auch diese Möglichkeiten des Wahlkampfes lohnt es sich weiterzuerfolgen und auszubauen.

Mit Veranstaltungen im Lothar-Bisky-Haus während der Wahlkampfzeit wurde das Haus zum zweiten Zentrum nach der Wahlfabrik in Potsdam. Hier fanden 21 unterschiedliche Aktionen innerhalb von sieben Wochen statt. Damit wurde statistisch an fast jedem zweiten Tag eine Veranstaltung im Lothar-Bisky-Haus durchgeführt. Dazu gehörten Buchbasare, Filmabende mit Darstellern, Regisseuren oder anderen am Film Beschäftigten, Lesungen, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen (unter anderem mit Landtagsfraktion, BT-Kandidaten, dem Landesvorsitzenden u. a.) oder Live-Musik. Für künftige Wahlkämpfe sollte diese Idee des LINKEN Kultursommers wieder integriert werden.

Wahlen mit LINKER Beteiligung oder Unterstützung 2016 bis 2018:

Landratswahlen:				
Havelland	10.04.2016	Harald Petzold	10,6 %	nicht gewählt
Potsdam-Mittelmark	25.09.2016	Klaus Jürgen Warnick	14,1 %	nicht gewählt

Oder-Spree	27.11.2016	Dr. Eberhard Sradnick	22,3 %	nicht gewählt
Oberbürgermeisterwahlen:				
Brandenburg a. d. Havel	25.02.2018	Jan van Lessen	33,4%	nicht gewählt
Frankfurt (Oder)	04.03.2018	René Wilke		
Bürgermeisterwahlen:				
Kloster Lehnin	20.03.2016	Joachim Sroka	13,3%	nicht gewählt
Groß Pankow	03.04.2016	Annett Röhl	13,4 %	nicht gewählt
Mittenwalde	19.06.2016	Oliver Theel	16,43 %	nicht gewählt
Guben	17.07.2016	Kerstin Nedoma	42,21 %	nicht gewählt
Bad Belzig	25.09.2016	Jan Eckhoff	10,48%	nicht gewählt
Schöneiche b. Berlin	27.11.2016	Dr. Uwe Klett	16,51 %	nicht gewählt
Doberlug-Kirchhain	24.09.2017	Ingo Setzermann	10,73 %	nicht gewählt
Glienicke/Nordbahn	24.09.2017	Dr. Ernst-Günter Giessmann	10,81 %	nicht gewählt
Hennigsdorf	24.09.2017	Ursel Degner	17,47 %	nicht gewählt
Königs-Wusterhausen	24.09.2017	Gudrun Eichler	11,42 %	nicht gewählt
Oranienburg	24.09.2017	Enrico Rossius	8,08 %	nicht gewählt
Rheinsberg	24.09.2017	Freke Over	12,6 %	nicht gewählt
Zeuthen	24.09.2017	Sven Herzberger	62,90%	gewählt
Eisenhüttenstadt	08.10.2017	Dagmar Püschel	32,07 %	nicht gewählt

Nuthe-Urstromtal	15.10.2017	Monika Nestler	49,22 %	nicht gewählt
Schulzendorf	15.10.2017	Winnifred Charlotte Tauche	46,26 %	nicht gewählt
Wildau	15.10.2017	Dr. Uwe Malich	56,78 %	gewählt
Templin	14.01.2018	Detlef Georg Tabbert	61,13 %	gewählt
Erkner	18.02.2018	Silke Voges	32,97 %	Stichwahl
Neuenhagen	25.02.2018	Sven Kindervater	17,1 %	nicht gewählt
Rathenow	25.02.2018	Daniel Golze	28,3 %	Stichwahl
Wustermark	25.02.2018	Tobias Bank	25,9 %	nicht gewählt
Petershagen/Eggersdorf	25.02.2018	Stephan Schwabe	13,8 %	nicht gewählt

Das Angebot der Landesgeschäftsstelle zur Unterstützung der Bürgermeister*innen und Landrät*innenwahlkämpfe wurde weitergeführt. Neben finanzieller Unterstützung können die Kreisverbände den Layoutservice für Wahlmaterialien, Unterstützung beim Aufbau von Kandidat*innenwebsites, Unterstützung bei der Wahlkampfplanung, Veranstaltungsorganisation und -durchführung sowie bei organisatorischen und technischen Fragen in Anspruch nehmen. Dieses Angebot wird kontinuierlich ausgebaut.

Wie auch in den vergangenen Jahren hat der Landesverband darüber hinaus Landtagswahlkämpfe in anderen Ländern durch logistische und organisatorische Hilfestellungen, Koordination von Wahlkampfshelfer*innen aus dem Landesverband sowie bei Bedarf den Einsatz von Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle unterstützt. So wurde beispielsweise in den Landtagswahlkämpfen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen 2017 hauptamtliche Unterstützung geleistet.

Politik in den Parlamenten und in der Brandenburger Landesregierung

Inhaltliche Positionierungen des LV

Der Landesvorstand diskutierte regelmäßig die Arbeit der Fraktionen im Land- und Bundestag, setzte eigene Schwerpunkte und Zielstellungen, erörterte die Landespolitik sowie deren Ergebnisse bzw. auftretende Probleme. Zentraler Ausgangspunkt in der Landespolitik war die Umsetzung des Koalitionsvertrages und darüber hinausgehender Ziele. Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag dabei in der Umsetzung wichtiger Vorhaben der Partei. Nach der Landesvorstandsklausur in der zweiten Hälfte der Amtszeit hat der Landesvorstand gemeinsam mit Ralf Christoffers und René Wilke ein Strategiepapier für den zweiten Teil der Legislatur und

darüber hinaus vorgelegt. Dieses wurde anschließend in der Landtagsfraktion diskutiert und befindet sich nun in Umsetzung.

Außerparlamentarische Aktivitäten

Als im Januar 2017 kurzfristig bekannt wurde, dass durch Brandenburg US-Truppen und Kriegsgerät nach Osteuropa verlegt werden soll, hat der Landesverband über ein Wochenende hinweg zu einem Protest von über 150 Personen vor dem Truppenübungsplatz bei Lehnin mobilisiert. Der gesamte Landesverband organisierte die Bewerbung, einen Transportbus ab Potsdam, ein Großtransparent mit einer Friedenstaube und einen bunten Protest mit vielen Reden. Wir konnten ein sichtbares Zeichen für Abrüstung und Frieden setzen. Dem folgten viele weitere Aktionen im gesamten Landesverband.

Der Landesverband beteiligte sich zudem an vielen antifaschistischen Protesten, an Großdemonstrationen in Berlin wie „Wir haben es satt!“ oder den Protesten gegen TTIP.

Gemeinsam mit der Landtagsfraktion wurde Anfang 2014 das Netzwerk Willkommenskultur ins Leben gerufen. Seit der Gründung haben 13 Treffen stattgefunden. Aktuell kommen zwei bis drei Mal im Jahr ehrenamtlich und hauptamtlich Aktive in der Flüchtlingsarbeit mit Vertreter*innen des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und zu einzelnen Themen geladenen Gästen im Landtag zusammen, um über aktuelle Entwicklungen und Probleme in der Flüchtlingspolitik und Planungen auf Landesebene zu sprechen. Das Format hat sich bewährt, weil es hier möglich ist, dass Praktiker*innen direkt mit den politischen Verantwortungsträger*innen nach Lösungen für aktuelle Problemlagen oder Schwierigkeiten in der praktischen Arbeit vor Ort suchen und damit auch wichtige Hinweise geben zu Entwicklungen, die politischer Entscheidungen bedürfen. Es hat sich gezeigt, dass dieser direkte Dialog für alle Beteiligten wichtige Impulse gibt und sich inzwischen ein stabiles Netzwerk gebildet hat, das auch außerhalb der Treffen die fachliche Zusammenarbeit zwischen Praxis und Politik fördert. Für das Netzwerk Willkommenskultur wird ein unregelmäßig erscheinender fachpolitischer Newsletter in Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landtagsfraktion erarbeitet und an Interessierte versendet. Der Landesvorstand dankt der Landtagsfraktion für die Organisation und inhaltliche Vorbereitung der Treffen des Netzwerks und die Zuarbeiten zum Newsletter. Der Newsletter kann bei Roland Scharp per Mail an roland.scharp@dielinke-brandenburg.de abonniert werden.

Vor allem bei antifaschistischen Aktionen engagierten sich viele Mitglieder des Landesvorstandes regelmäßig aktiv vor Ort. Die Landesgeschäftsstelle unterstützte die Genoss*innen in den Kreisverbänden vor allem durch den Einsatz des Infomobils. Zu diesen Fahrten gehörten ebenso wie der Einsatz in den verschiedenen Wahlkämpfen zu Bürgermeister*innenwahlen auch die zu den Wahlen der Landrät*innen. Schon zur Selbstverständlichkeit gehören die Unterstützungen weiterer Nutzer des Fahrzeuges wie die Friedenskoordination, die Studierendenverbände oder auch wohnungspolitische Initiativen. Auch im Einsatz war das Fahrzeug bei Kinderfesten, Höfefesten der LINKEN, Maiveranstaltungen, Pfingsttreffen oder zum Brückenfest. Genutzt wurde es ebenso zum Transport der Bühnentechnik oder auch der Technik für Mitgliederversammlungen der Kreise. Besonderer Dank gilt Veiko Uebach, Daniel

Sittler und dem Jugendverband, durch deren Engagement viele Einsatzfahrten des Infomobils überhaupt erst möglich wurden.

Der Landesvorstand wirkte aktiv auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und mit Bürger*inneninitiativen hin. Inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden wurden unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiterentwickelt. Ständige Aufgabe bleibt, diese Schnittmengen und den Dialog produktiv für die politische Arbeit des Landesverbandes und der Landtagsfraktion, die sich dieses Themas intensiv annahm, zu nutzen.

Dennoch ist unübersehbar, dass wir als regierungsbeteiligte Landespartei in neue Widersprüche geraten und auch auf Widerstand der außerparlamentarischen Partner*innen stoßen. Hier gilt es auch weiterhin daran zu arbeiten, die Kommunikationsfäden zu pflegen und gemeinsam mit den Partner*innen Lösungen für die Problemstellungen im Land zu erarbeiten.

Innerparteiliche Kommunikation und Zusammenarbeit mit Gremien, Gliederungen und Mandatsträger*innen

Kommunikation und Information der Mitgliedschaft

Der Landesvorstand organisierte gemeinsam mit jeweils zwei gastgebenden Kreisverbänden monatlich stattfindenden Regionaltage mit abendlichen Regionalkonferenzen. Durch den Besuch von Minister*innen, Staatssekretär*innen und Abgeordneten in jeweils zwei Kreisen konnte eine breitere Basis erreicht werden. Insgesamt fanden 17 Regionaltage statt. Haben wir uns im Jahr 2016 noch auf die bildungspolitischen Themen und auf die Kommunalfinanzen konzentriert wurde der ländliche Raum als Schwerpunktthema im Jahr 2017 genutzt. Es hat sich gezeigt, dass trotz der Einladung aller Mitglieder der jeweiligen Kreise (bis zu 1.000 Briefe), die Teilnehmer*innenzahl selten über 100 Personen erreichte. Im Berichtszeitraum wurde eine Regionalkonferenz aus 2015 nachgeholt, eine Regionalkonferenz musste auf Grund der Witterungsverhältnisse abgesagt werden und weitere Regionalkonferenzen wurden durch die Kreisverbände aus Kapazitätsgründen abgesagt. Für 2018 und 2019 liegt der Schwerpunkt der Aufgaben aus Sicht des Landesvorstands in der Vorbereitung des Superwahljahrs 2019 und in der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammwerfs in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern. Deshalb werden die Regionalkonferenzen künftig als Aktivtagungen am Wochenende mit Workshops und Freiräumen zur Erarbeitung des Wahlprogramms von unten durchgeführt. Der Landesvorstand erhofft sich so, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen und mehr Genoss*innen die Teilnahme zu ermöglichen. Nach der Landtagswahl 2019 sind die Regionalkonferenzen aus unserer Sicht weiterzuführen, über das Format wird sich der nächste Landesvorstand gemeinsam mit den Kreisverbänden und dem Landesausschuss zu verständigen haben.

Für die Information der Mitgliedschaft und der interessierten Öffentlichkeit ist der wöchentlich erscheinende Newsletter das wichtigste Instrument. Hier werden alle wichtigen Informationen der Woche aus Landesverband, Kreisverbänden, Bundespartei, landesweiten Zusammenschlüssen, Landtags-, Bundestags- und Europafraktion, Jugendverband und externen

Partner*innen gebündelt. Eine weitere Steigerung der Reichweite konnten wir darüber realisieren, dass ein Mitgliederverteiler erstellt wurde, über den der Newsletter jeden Freitag versandt wird. Im Berichtszeitraum gab es zudem mehrere Mitgliederbriefe des Landesvorsitzenden sowie einen Mitgliederbrief zum Wahlkampf mit der Spitzenkandidatin Kirsten Tackmann und dem Landeswahlkampfleiter Thomas Nord.

Zusammenarbeit mit Mandatsträger*innen

Der Kontakt des Landesvorstands mit der Brandenburger Landesgruppe der Bundestagsfraktion wurde insbesondere durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder der Landesgruppe, die auch Mitglieder im Landesvorstand sind – Kirsten Tackmann, Thomas Nord und Norbert Müller – gesichert. Regelmäßig wurde über die Arbeit der Bundestagsfraktion im ständigen Tagesordnungspunkt Aktuelles berichtet.

Weiterhin unterstützte die Landesgruppe ehrenamtlich die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes im vergangenen Jahr. Thomas Nord als Mitglied der Landesgruppe war ehrenamtlicher Wahlkampfleiter des Landesverbandes und Peter Frigger der Sekretär des Landeswahlkampfbüros. Insbesondere wurden die Kandidat*innen für die Bundestagswahl inhaltlich und organisatorisch unterstützt.

Seit der Bundestagswahl besteht die Landesgruppe Brandenburg leider nur noch aus 4 MdBs nämlich Kirsten Tackmann, Anke Domscheit-Berg, Thomas Nord und Norbert Müller. Die Landesgruppe hat sich dazu verständigt, die parlamentarische Arbeit in allen Wahlkreisen zu sichern, zum Beispiel durch die Finanzierung von Abgeordnetenbüros. Mit der jährlich stattfindenden Sommertour der Landesgruppe wird ebenfalls die inhaltliche Präsenz der Abgeordneten in Brandenburg gesichert und sorgt dafür, dass die Politik der LINKEN im Bundestag auch vor Ort verankert und erlebbar wird.

Helmut Scholz, Brandenburger Mitglied im Europäischen Parlament für DIE LINKE und neben Brandenburg noch Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein betreuend, nahm nach Möglichkeit an den Sitzungen des Landesvorstandes teil und sorgte damit dafür, dass der Landesvorstand aus erster Hand über die europäische Politik der LINKEN informiert wurde. Diese Form der Zusammenarbeit wurde ausdrücklich als positiv empfunden und sollte fortgesetzt werden. Themenschwerpunkte nach TTIP und Co. waren weiterhin die Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Teilen der Welt, der Brexit und dessen Auswirkungen auf Brandenburg, Stichwort zurückgehende Fördergelder (EFRE, ELER, ESF, ...), die europäische Nachbarschaftspolitik sowie die Vorbereitungen der Wahlrechtsreform für das Europäische Parlament nach Ausscheiden der britischen Parlamentsmitglieder. Für den neu gewählten Landesvorstand plant er zeitnah Informationen über die anstehende nötige Ausrichtung der LINKEN zur Europawahl 2019. Helmut Scholz stand und steht gern dem Landesverband für Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Information über die Arbeit der Landtagsfraktion erfolgte zu jeder Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt Aktuelles. Abgeordnete der Landtagsfraktion nahmen bei Bedarf an den Sitzungen des LV teil und die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands waren regelmäßig Gast bei den Klausuren der Landtagsfraktion. Gemeinsame Veranstaltungen von

Landesvorstand und Landtagsfraktion gibt es regelmäßig im Rahmen des Netzwerks Willkommenskultur. In Vorbereitung auf das Superwahljahr 2019 empfehlen wir eine gemeinsame Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion, beispielsweise im Herbst 2018.

Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden

Der Landesvorstand arbeitete kontinuierlich mit den Kreisverbänden zusammen. Die Landesgeschäftsstelle fungierte dabei vor allem als Servicestelle für die Kreisverbände. Im Bereich der Kommunikation und Informations- und Materialweitergabe, dem Ausleihservice für Technik und Material und den Angeboten für die kleinen Zeitungen wurde das Angebot ausgebaut und qualitativ verbessert.

Die Landesgeschäftsführerin beriet regelmäßig mit den Kreisgeschäftsführer*innen und es fanden ebenfalls regelmäßige Beratungen des Landesschatzmeisters mit dem Landesfinanzrat statt. Ende 2016 entschlossen wir uns, in Absprache mit den jeweiligen Gremien, dazu, die beiden Beratungen zusammenzulegen. So kann eine Repräsentanz aller Kreisverbände sichergestellt werden und die Arbeit der Kreisgeschäftsführer*innen und der Kreisschatzmeister*innen besser verzahnt werden.

Der Landesvorstand holte vor wichtigen Entscheidungen das Votum der Kreisverbände bei gemeinsamen Beratungen bzw. Telefonkonferenzen des geschäftsführenden Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden ein. Gleichzeitig fanden regelmäßig Beratungen des Landesvorsitzenden und des geschäftsführenden Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden statt.

Im Landesfinanzrat (Kreisschatzmeister*innen, Schatzmeister*in Jugendverband und Landesschatzmeister) war regelmäßig die Finanzarbeit im Landesverband Thema.

Wichtige politische und organisatorische Informationen werden zudem aktuell über entsprechende E-Mail-Verteiler (Kreisvorsitzende, Kreisgeschäftsführer*innen, Kreisschatzmeister*innen, Verteiler der Zusammenschlüsse) weitergegeben. Der Landesvorstand beschäftigte sich zudem anlassbezogen mit der Situation in einzelnen Kreisverbänden und versuchte bei Konflikten oder schwierigen Situationen in Kreisverbänden Hilfestellung zu geben. Gleichzeitig standen die Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle sowie die Landesgeschäftsführerin und der Landesschatzmeister regelmäßig mit Vertreter*innen der Kreisverbände bei Anfragen oder aktuell auftretenden Problemen in Kontakt.

Mitglieder des Landesvorstandes übernahmen zu Beginn der Wahlperiode die Verantwortlichkeit, Ansprechpartner*in für einen Kreisverband zu sein. Dies sollte vor allem der engeren Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden dienen. Dieses Modell hat nur teilweise funktioniert. Der neue Landesvorstand sollte gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden prüfen, wie hier Verbesserungen zu erreichen sind.

Kreisbereisung 2016

Nach dem Templiner Parteitag im März 2016 beschloss der Landesvorstand eine Bereisung aller Kreisverbände und aller Kreisgeschäftsstellen. Dies erfolgte im Sommer 2016 maßgeblich durch Roland Gehrmann, Anja Mayer, Ronny Kretschmer, Sebastian Walter sowie den

Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle. Die Kreisbereisung trug dazu bei, die Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden zu intensivieren, die Probleme vor Ort aufzunehmen und im Nachgang zu bearbeiten. Näheres findet sich in der Auswertung der Kreisbereisung durch den Landesvorstand. Die Kreisbereisung 2018 ist bereits in Planung.

Zusammenarbeit mit den Bürgermeister*innen der LINKEN

Der Landesvorstand legte zu Beginn der Wahlperiode fest, dass Ute Hustig als Ansprechpartnerin für die hauptamtlichen Bürgermeister*innen fungiert. Die LINKEN Bürgermeister*innen trafen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Vorbereitung der Sitzungen des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes. Bei der Erarbeitung der kommunalpolitischen Eckpunkte der Partei brachten sich die Bürgermeister*innen intensiv mit ihren Erfahrungen in die Diskussion mit kommunalpolitisch Interessierten ein. Die Bürgermeister*innen empfinden dieses Netzwerk nicht nur für den Erfahrungsaustausch wichtig, sondern auch für die Entwicklung eines solidarischen Miteinanders der auf kommunaler Ebene tätigen Hauptamtlichen. Die Zusammenarbeit sollte in den nächsten Jahren in diesem Sinne fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Landesweite Zusammenschlüsse

Im Landesverband arbeiten derzeit 21 landesweite Zusammenschlüsse. In den Arbeitsgemeinschaften arbeiten derzeit circa 775 Genoss*innen. Neu gegründet wurde im Berichtszeitraum die Antikapitalistische LINKE (AKL), die Facharbeitsgemeinschaft Flucht und Migration (FluMi) und gemeinsam mit dem Landesverband Berlin der Arbeitskreis LINKE Polizist*innen.

Folgende Zusammenschlüsse arbeiten derzeit im Landesverband:

- LAG Senior*innen
- LAG Umwelt
- AG Geschichte
- Kommunistische Plattform
- Netzwerk der EL
- LAG Schule und Bildungspolitik
- AG Betrieb und Gewerkschaft
- LAG LINKE Frauen
- LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik
- LAG Rote Reporter
- LAG Queer
- LAG zur Förderung einer solidarischen Ökonomie
- LAG Arbeit und soziale Gerechtigkeit
- LAG Linke Unternehmer*innen
- LAG Arbeitsgesetzbuch
- LAG Grundeinkommen
- Forum demokratischer Sozialismus (FdS)
- Antikapitalistische LINKE (AKL)

- LAG sozial gesund
- FAG FluMi
- Arbeitskreis linke Polizist*innen

Die landesweiten Zusammenschlüsse tragen in hohem Maß zur politischen Arbeit im Landesverband bei. Gleichzeitig lagert die Arbeit nicht selten auf wenigen Schultern. In Beratungen mit den Sprecher*innen der LAGs wurde verabredet, eine stärkere Vernetzung mit Fachpolitiker*innen aller Ebenen zu forcieren.

Der Landesvorstand unterstützte die Arbeitsgemeinschaften jährlich mit finanziellen Mitteln gemäß Haushaltsplan des Landesvorstandes. Im wöchentlichen Newsletter veröffentlichen einige landesweite Zusammenschlüsse regelmäßig Informationen über ihre Arbeit sowie Veranstaltungs- und Terminankündigungen. Die Landesgeschäftsstelle unterstützt die LAGs zudem bei der Erstellung von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit und der Pflege des Webauftritts.

Der Landesvorstand verabredete zu Beginn seiner Wahlperiode Verantwortlichkeiten der Mitglieder des LV für einzelne LAGs. Dieses Modell funktionierte nicht in jedem Fall und bedarf weiterer Überlegungen gemeinsam mit den LAGs.

Jugendverband Linksjugend ['solid]

Der parteinahe Jugendverband Linksjugend ['solid] hat derzeit ca. 220 Mitglieder. Der Landesvorstand unterstützte den Jugendverband mit jährlich 35.000 Euro aus dem Haushalt der Landespartei. An der Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Jugendverband wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich gearbeitet. So fanden Beratungen zwischen dem LandessprecherInnenrat und dem GLV statt. Vertreter*innen des Jugendverbands sind in diverse Gremien des Landesverbands integriert und auch in vielen Kreisverbänden wurden Mitglieder des Jugendverbands in die Gremienarbeit der Partei eingebunden.

Der Landesvorstand bedankt sich stellvertretend bei den Geschäftsführer*innen während des Berichtszeitraums, Iris Burdinski und Kevin aus Brandenburg, für die gute Zusammenarbeit im Lothar-Bisky-Haus und im Landesverband. Wir möchten uns außerdem für den Elan und Einsatz im Wahlkampf bedanken. Besonders hervorheben wollen wir die „Grenzenlos Tanzen Tour“ durch ganz Brandenburg.

Landesausschuss

Vom Landesvorstand in den Landesausschuss entsandte Mitglieder waren zunächst Christian Görke und Kirsten Tackmann, anschließend Sebastian Walter und Anja Mayer. Ronny Kretschmer nahm als Landesschatzmeister ebenfalls regelmäßig an den Beratungen des Landesausschusses teil. Regelmäßig informierten Mitglieder des Landesvorstandes im Landesausschuss über die aktuelle Politik sowie die Entwicklung des Landesverbandes und umgekehrt. Der Landesausschuss wurde bei allen Entscheidungen, bei denen er nach Landessatzung Mitspracherecht hat, beteiligt. In dieser Legislatur kam dem Landesausschuss sowohl nach dem Templiner Parteitag, als auch in Vorbereitung der Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl eine besondere Bedeutung zu. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Landesausschuss wurde zudem seitens der Landesgeschäftsstelle organisatorisch und logistisch bei der Sitzungsvorbereitung unterstützt.

Brandenburger Aktivitäten in der Bundespartei

Auch in unserem Landesverband wurde die Kampagne „Das muss drin sein“ weitergeführt. Martin Günther als verantwortliches Mitglied des Landesvorstandes und die Landesgeschäftsstelle haben die organisatorischen Rahmenbedingungen und die Koordination der Kampagne gesichert. Leider ist die Umsetzung nicht aller Kampagnenbestandteile gelungen. Dennoch wurde die Kampagne wie geplant bis zu den Bundestagswahlen weitergeführt. Aktivitäten rund um den 8. März und im Rahmen der Miethai-Tour zur Bundestagswahl ließen sich jedoch sehr gut umsetzen und diese wurden sehr gut angenommen. Der Landesvorstand beschäftigte sich zudem regelmäßig mit der Situation in der Bundespartei. Er wirkte, wie in den Vorjahren, bei allen Konflikten stets ausgleichend und konstruktiv, beteiligte sich nicht an öffentlich geführten Personaldebatten und war bestrebt, gemeinsam mit anderen Landesverbänden die strategische Debatte zur Zukunft der LINKEN fortzusetzen.

Thomas Nord und Anja Mayer arbeiteten im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN mit, Daniela Trochowski und Claudia Sprengel im Parteivorstand. Eine enge Zusammenarbeit wurde durch die gleichzeitige Mitgliedschaft von Anja Mayer im Landesvorstand gesichert. Mitglieder des Landesverbandes arbeiteten zudem in verschiedenen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen der LINKEN auf Bundesebene: Christian Görke in der Beratung der Landesvorsitzenden mit dem geschäftsführenden Parteivorstand und in den Gremienberatungen auf Bundesebene zur Spitzenkandidatur und zu den politischen Jahresauftakten, Thomas Nord, Anja Mayer und Roland Gehrman im Bundeswahlbüro, Ronny Kretschmer im Bundesfinanzrat, Anja Mayer in der Beratung der Landesgeschäftsführer*innen. Gerrit Große, Rosemarie Kaersten, Ute Miething, Mario Dannenberg, Artur Pech und Bernd Wolter arbeiteten im Bundesausschuss mit, Artur Pech als Mitglied im Präsidium des Bundesausschusses. Als stellvertretende Mitglieder arbeiteten Solveigh Calderin, Marina Schneider, Peter Engert, Uwe Tippelt und Sebastian Walter im Bundesausschuss mit. Anja Mayer ist Mitglied in der Arbeitgebertainfkommission. Auf Betreiben von Christian Görke entstand nach der Bundestagswahl eine regelmäßig arbeitende Runde der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit den regierungshandelnden Akteur*innen. Wir bedanken uns bei allen für ihren Einsatz.

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum ist insgesamt rückläufig gewesen, wobei lokal aber Unterschiede in der Zahl der Abgänge zu verzeichnen sind. Besonders freuen wir uns über die 235 Neueintritte in 2017. Für DIE LINKE Brandenburg ist dies eine Rekordzahl, denn vergleichen wir die Neueintritte mit der letzten Bundestagswahl 2013 in Höhe von 153, können wir einen deutlichen Zuwachs erkennen. Wir heißen alle Neuen herzlich in unseren Reihen

willkommen und hoffen, dass wir auch in der kommenden Amtszeit als LINKE Brandenburg daran anknüpfen können.

Nach Kreisverbänden ergibt sich folgendes Bild:

Kreis	2015	2016	2017
KV Barnim	431	391	385
KV Brandenburg a. d. Havel	173	164	162
KV Dahme-Spreewald	423	400	399
KV Elbe-Elster	218	213	205
KV Frankfurt (Oder)	289	271	258
KV Havelland	300	275	268
KV Lausitz	760	694	649
KV Märkisch-Oderland	675	645	607
KV Oberhavel	437	430	407
KV Oberspreewald-Lausitz	221	196	195
KV Oder-Spree	505	471	457
KV Ostprignitz-Ruppin	245	246	250
KV Potsdam	742	693	686
KV Potsdam-Mittelmark	387	366	372
KV Prignitz	132	128	128
KV Teltow-Fläming	334	320	330
KV Uckermark	347	304	295
ohne KV	7	3	8
Gesamt	6626	6212	6061

Die Gesamtmitgliederentwicklung für den Landesverband ergibt sich wie folgt:

	2016	2017
Mitglieder per 31.12. Vorjahr	6626	6212
Eintritte	125	235
Austritte	-319	-177
Verstorbene	-225	-226

Verzogen	-30	-16
Zugezogen	37	43
technische Veränderung	-2	-10
Mitglieder per 31.12.	6212	6061

Landesgeschäftsstelle

Für den Landesvorstand war und ist die enge Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Kreisverbände zentral. Die Landesgeschäftsstelle unterstützt daher Kreisverbände, aber auch LAGen und Aktive an der Basis nach Kräften bei Aktionen, Veranstaltungen, Kreismitgliederversammlungen und weiteren Formaten. Auch die Landesgeschäftsstelle selbst wurde wieder vermehrt Anlaufstelle und Anknüpfungspunkt im Landesverband. Durch eigene Veranstaltungen wie beispielsweise die Buchlesung mit Katja Kipping, das Grillfest mit 70 Jugendlichen aus Bayern, Feierlichkeiten im Hof der Landesgeschäftsstelle. Besonders hervorheben möchten wir die Namensgebung der Landesgeschäftsstelle in Lothar-Bisky-Haus im Sommer 2016 und Benennung des großen Raumes in Michael-Schumann-Saal. Im Zuge dessen recherchierten Reinhard Frank, Jürgen Kumberg und Jürgen Angelow die Geschichte des Hauses in der Alleestraße. Diese ist nun auf der Internetseite des Landesverbandes nachzulesen.

Seit 2016 wurden nach und nach Renovierungsarbeiten in der Landesgeschäftsstelle durchgeführt. Genannt seien hier die Sanierung des Hofes, das Streichen der Fenster von Innen und Außen, die Einrichtung eines Gästezimmers und einer Kinderbetreuung sowie die schrittweise Renovierung der Büroräume. In nächster Zeit steht eine energetische Sanierung des Lothar-Bisky-Hauses an.

Im Berichtszeitraum wurde eine befristete Stelle „Leiterin der Landesgeschäftsstelle und Pressesprecherin“ eingerichtet. Diese lief mit der Wahl zur Landesgeschäftsführerin im März 2017 aus. Von März 2016 bis Dezember 2016 wurde darüber hinaus eine befristete Stelle zur Koordination von Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesregierung und Kreisverbänden geschaffen. Ab Januar 2017 wurde diese Stelle mehr und mehr in die Koordination des Bundestagswahlkampfes überführt. Diese Stelle lief zum 31. Dezember 2017 aus. Zur Verstärkung der Wahlfabrik und insbesondere zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkampfveranstaltung wurde zunächst als Krankheitsvertretung eine befristete Stelle geschaffen. Die finanziellen Mittel hierfür wurden aus dem Wahlkampfetat zur Verfügung gestellt. Diese Stelle wird befristet bis zum 31. Dezember 2019 (Wahlzyklus Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen) weitergeführt. In der Landesgeschäftsstelle sind in den vergangenen zwei Jahren einige Mitarbeiter*innen alters- bzw. gesundheitsbedingt ausgeschieden. Besonderer Dank gilt Gabi Donath, Lothar Hoffmann, Rainer Wirks und Thorsten Haselbauer für ihr langjähriges Wirken in der Landesgeschäftsstelle und im Landesverband. Ebenfalls danken möchten wir Steffen Pachali, Jürgen Angelow, Sebastian Walter und Roland Gehrmann für ihre Tätigkeit.

Die Stellen als Hausmeister/ Kraftfahrer und für Medien und technische Sicherstellung wurden neu besetzt. Eine Neubesetzung erfolgte auch für das Sekretariat. Hier wird ab 01.07.2018 eine deutliche Aufgabenerweiterung hinzukommen, da der Landesvorstand beschlossen hat, als passiver Teil, dem dezentralen Buchungszentrum mit dem Landesverband Berlin bei zu treten. Die Stelle der Finanzbuchhaltung läuft zum 30. Juni 2018 aus.

Darüber hinaus befinden sich zwei Mitarbeiter seit dem 31. Dezember 2017 in der Altersteilzeit. Ihre aktive Phase endet zum 30. Dezember 2019.

Landesparteitag und Beschlüsse

5. Parteitag, 1. Tagung

- Mutig. Sozial. Nachhaltig. Entschlossen. DIE LINKE. Brandenburg (Leitantrag Bundestagswahl)
- DIE LINKE – stark für Brandenburg! (Strukturdebatte)
- Weltklimakonferenz
- Satzungsänderungen

5. Parteitag, 2. Tagung

- Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit
- Brandenburg gestalten – Kommunale Selbstverwaltung und Demokratie stärken
- Satzungsänderung §18 1(a) Mindestquotierung
- Prävention und Therapie statt Prohibition und Bestrafung
- Mindestausbildungsvergütung realisieren

Internationale Arbeit

Im Landesvorstand hatten sich Jutta Vogel und Martin Günther für die internationale Arbeit des Landesverbandes bereiterklärt. Jutta Vogel brachte sich auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand weiterhin in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein. Durch die beiden Genoss*innen wurde die Kommunikation zwischen dem Landesvorstand und der LAG Netzwerk Europa sowie dem Ständigen Forum der Europäischen Linke – der Regionen sichergestellt. Der Landesvorstand stellte im Landshaushalt die finanzielle Ausstattung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – wie das jährliche Europacamp, die internationale Frauentagsveranstaltung und viele andere Aktivitäten – sicher. Auf Mitarbeiter*innenebene zeichnete bis zu seinem Ausscheiden Lothar Hoffmann für den Bereich verantwortlich und engagierte sich ebenfalls auch danach in der internationalen Arbeit. Der Landesvorstand möchte sich an dieser Stelle für die unermüdliche Arbeit im Namen des Internationalismus bei den Genoss*innen, insbesondere der LAG Netzwerk Europäische LINKE, bedanken. Weiterhin bedankt sich der Landesvorstand herzlich bei Lothar Hoffmann für sein Engagement. Der Landesvorstand empfiehlt, in der nächsten Legislatur die Unterstützung der internationalen Arbeit fortzuführen. Hierzu sollte auch die personelle Unterstützung auf Mitarbeiter*innenebene in der Landesgeschäftsstelle geklärt werden.

Politische Bildung

Die Lehrgangreihe „Politikmanagement im Ehrenamt“ wurde in dieser Legislaturperiode des Landesvorstandes ausgesetzt. Dafür wurden im Jahr der Bundestagswahl 2017 den Kreisverbänden unterschiedliche Bildungsangebote mit Wahlkampfbezug angeboten. Von Oktober 2017 bis Mai 2018 findet im Land Brandenburg der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung angebotene Kurs „Einstiege Theorie und Praxis linker Politik“ statt. Dieser Lehrgang wurde seitens des Landesverbandes Brandenburg aktiv beworben und unterstützt. Auch während des Lehrgangs steht der Landesvorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützend zur Seite. In diesem Kurs befinden sich zurzeit politisch 19 politisch Aktive aus Brandenburg und 7 aus Berlin.

Das durch den Landesvorstand angestrebte Mentoringprogramm konnte noch nicht umgesetzt werden.

Im Berichtszeitraum fand zwei Mal die aus der Herbstakademie entwickelte „LINKE Sommerakademie Berlin-Brandenburg“ statt, die durch den Verein „Linke Bildung und Kultur für Berlin Brandenburg“ organisiert und durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das kommunalpolitische forum, die Landesverbände Berlin und Brandenburg der LINKEN, die Landtags- und die Abgeordnetenhausfraktionen sowie die Landesgruppen der Bundestagsfraktion unterstützt wird. Auf Grund der immer sinkenden Teilnehmer*innenzahl wird dieses Format erneut überprüft. Besonderer Dank gilt Anne-Frieda Reinke, die sich aktiv in die Vorbereitung, Konzeption und Durchführung eingebracht hat.

Anne-Frieda Reinke und Martin Günther vertraten unseren Landesverband in der Kommission politische Bildung (KpB) beim Parteivorstand. Unsere KpB-Mitglieder informierten regelmäßig über stattfindende Bildungsveranstaltungen der Bundespartei. Darüber hinaus stellten sie die Möglichkeit der Beteiligung von Genoss*innen aus unserem Landesverband an den vielfältigen Veranstaltungen, wie DIE LINKE 1 und der Frühlingsakademie, sicher.

Dem neuen Landesvorstand wird empfohlen einen Workshop zur politischen Bildung in Vorbereitung auf die Wahlen 2019 durchzuführen. Die Ergebnisse dieses Workshops sollen zu einem Bildungsangebot des Landesvorstandes in der Vorwahlkampfzeit führen. Dazu wird eine enge Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem kommunalpolitischen forum angestrebt.

Die Aufgabe der systematischen Unterstützung der und des Austausches zur politischen Bildung sollten weiterhin forciert werden.

Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das kommunalpolitische forum und die Rosa-Luxemburg-Stiftung leisteten einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung der politischen Arbeit im Landesverband. Es erschien in jedem Jahr ein politischer Jahreskalender. Dadurch konnte die Zahl der sich überschneidenden Veranstaltungsangebote minimiert werden. Zudem beteiligten sich kommunalpolitisches forum und Rosa-Luxemburg-Stiftung aktiv am wöchentlichen Newsletter. Durch das regelmäßige

inhaltliche Angebot des kommunalpolitischen forums findet eine kontinuierliche Weiterbildung mit kommunalpolitischen Themen statt. Zudem bietet das kf eine ganze Reihe von Kursen als Abrufangebote in den Regionen an. Diese sind insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 ein wichtiger Bildungsbestandteil vor Ort und können nach Absprache unkompliziert abgerufen werden. Für den inhaltlichen Austausch zu den kommunalpolitischen Eckpunkten möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Angebote zur Politischen Bildung unserer Partner*innen – Rosa-Luxemburg-Stiftung und kommunalpolitisches forum – wurden regelmäßig über die Kommunikationswege des Landesverbands beworben. Besonders freut uns, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung in 2017/2018 den Kurs „Einstiege in LINKE Politik“ in Brandenburg durchführt. Hier werden insbesondere junge Menschen aus dem gesellschaftlich linken Spektrum inhaltlich und theoretisch in gesellschaftspolitische Debatten einbezogen. Der Landesvorstand sieht hier eine große Chance und begleitet den Kurs mit großer Freude. Die weitere Qualifizierung der Zusammenarbeit bleibt ständige Aufgabe.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die Intensivierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bleibt, trotz fortwährender Optimierungen, eine kontinuierliche Herausforderung.

Der wöchentlich am Freitag erscheinende Newsletter erreicht durch Abos, Weiterleitung und Verlinkungen eine große Leser*innenschaft und wurde intensiv genutzt, um die Aktivitäten und Informationen des Landesverbandes, der Landtagsfraktion, der Kreisverbände, des kf, des Bundesverbandes, der Bundestagsfraktion und der RLS sowie von Bündnispartner*innen zu veröffentlichen und Termine langfristig bekanntzugeben. Eine enorme Steigerung der Reichweite konnte darüber realisiert werden, dass im Jahr 2016 ein Mitgliederverteiler erstellt wurde, über den der Newsletter ebenfalls verschickt wird. Insgesamt erreichen wir mit dem Newsletter mehr als 2.000 E-Mailadressen. Die Resonanz auf den Newsletter ist durchweg positiv und mit seiner großen Reichweite ist er derzeit unser wichtigstes Informationsmedium. Für die ständige Arbeit am Newsletter gilt besonderer Dank Christiane Graf, Roland Scharp und Anja Mayer.

Die Landesgeschäftsstelle unterstützt auch im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit die Kreisverbände, LAGen und Aktive an der Basis. Das bestehende Angebot an Materialien für eine vereinfachte Öffentlichkeitsarbeit (Eindruckflyer und -plakate) wird von den Kreisverbänden in unterschiedlichem Maß genutzt und abgefragt. Ein Workshop im Bereich Social Media wurde von Anke Domscheit-Berg und Steffen Pachali auf der Wahlwerkstatt am 25. März 2017 durchgeführt. Der Artikel- und Bilderpool für die Kleinen Zeitungen wird von Reinhard Frank für die LAG Rote Reporter betreut, auch hierfür herzlichen Dank. Zusätzlich stellt die Landesgeschäftsstelle Fotos auf dem flickr-Kanal des Landesverbandes zur Verfügung, die frei verwendet werden können (www.flickr.com/dielinkebrandenburg). Weiter ausgebaut wurde die Livestreamtechnik zur Veranstaltungsübertragung im Internet, die auch von Kreisverbänden und Zusammenschlüssen genutzt werden kann.

Im Rahmen der Bundestagswahl 2017 wurde die Gesamtkampagne der Bundespartei „SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“ übernommen. Hinzu kommt die Beteiligung an der bun-

desweiteren Kampagne „DAS MUSS DRIN SEIN“. Eine weitere, eigene Kampagne ist bis zur Kommunal- und Europawahl 2019 auf Landesebene nicht geplant. Wir werden jedoch nach Möglichkeit auch in Zukunft die Fortführung der Kampagne im Pflege- und Mietenbereich der Bundespartei unterstützen.

Die Landesgeschäftsstelle unterhält mit TYPO3 ein eigenes Content Management System, mit dem die Website des Landesverbandes betrieben wird und das den Parteigliederungen, Mandatsträger*innen und Kandidat*innen ebenfalls zur Verfügung steht, wobei das Angebot nicht von allen Parteigliederungen genutzt wird. Die Landesgeschäftsstelle hält die Website des Landesverbandes auf dem aktuellen Stand. Reserven gibt es bei den Unterseiten der Zusammenschlüsse auf der Seite des Landesverbandes. Für das Jahr 2018 ist ein Update des Content Management Systems auf die neueste TYPO3-Version geplant, die mit einer Anpassung des Designs und der Menüführung einhergehen wird.

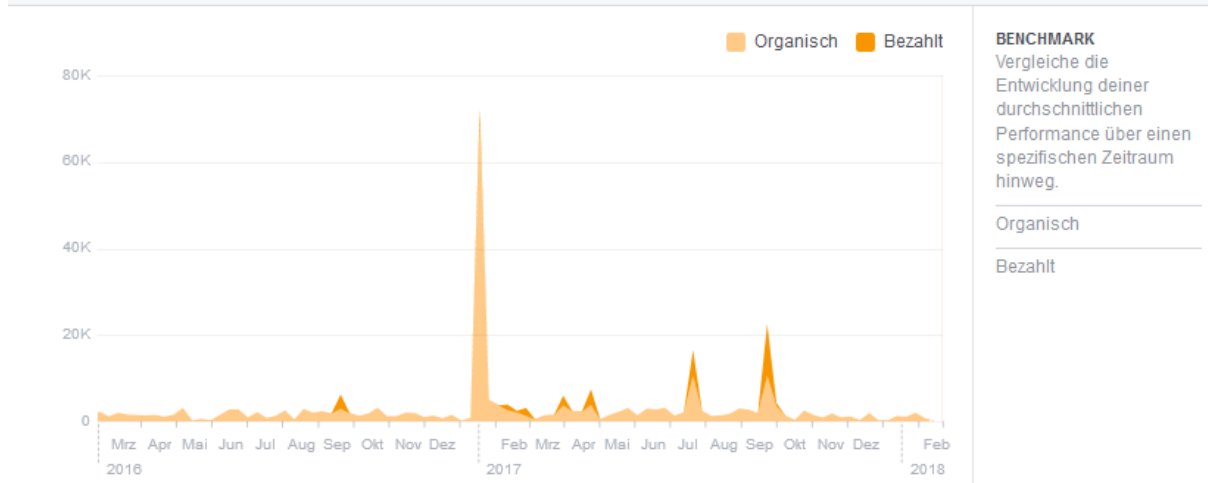
Neben der regulären Website betreibt die Landesgeschäftsstelle zwei Blogs. Der Wahlblog (<http://wahlen.linke-blogs.de/>) wurde während der Bundestagswahl 2017 intensiv genutzt. Der Debattenblog „MARK(S)ISMUS“ (<http://marksismus.linke-blogs.de/>) bildet die Artikel der gedruckten Ausgabe des Debattenmagazins ab. Die erste Ausgabe mit dem Titel „Innere Sicherheit, Polizei und die Linke“ ist im November 2016 erschienen, die zweite Ausgabe mit dem Titel „Umweltpolitik und sozial-ökologischer Umbau nach dem Pariser Klimaschutzabkommen“ wird im März 2018 erscheinen.

Positive Resonanz und eine rege Nutzung erfährt unsere Facebook-Seite sowie unser Twitter-Account. Hier werden regelmäßig aktuelle politische Postings verbreitet, finden Debatten statt, werden Fragen gestellt und beantwortet. Die Potenziale in der Reichweite und bei der Zielgruppengenauigkeit sind dennoch weiter auszubauen. Es ist aber gelungen in den letzten Monaten erfolgreiche Beiträge zu entwerfen, die weit über unsere originäre Reichweite hinaus Verbreitung fanden.



Beitragsreichweite

Die Anzahl der Personen, die einen deiner Seitenbeiträge oder einen Beitrag über deine Seite gesehen haben.



Facebook-Reichweitenstatistik / Stand: 05.02.2018

Die Kleinen Zeitungen haben in unserem Landesverband nach wie vor eine große Bedeutung. Neben der Aufgabe, die Mitglieder der Partei über Entwicklungen und Ereignisse innerhalb der Partei zu informieren, sind sie vor allem als Informationsträger der politischen Meinung an die Bevölkerung gedacht. Und das nunmehr bereits seit 28 Jahren. Es ist festzustellen, dass in den Redaktionen, auch wenn noch gestandene Redakteur*innen mitwirken, ein Wandel vor sich geht. So haben sich die Redaktionen in vielen Kreisen neu strukturiert oder sind in der Umbruchphase. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen.

In der Uckermark ist die Partei dazu übergegangen, ihre Zeitung LINKSrUM, welche monatlich mit 12 Seiten und in einer Auflage von 3.500 Exemplaren erschien und von den Mitgliedern in diesem Flächenkreis verteilt wurde, nunmehr professionell zu erarbeiten. Es werden zwei Ausgaben pro Jahr hergestellt, die mit einer jeweiligen Auflage von 64.000 jetzt in alle Haushalte des Kreises kommen. Auch die Verteilung wurde professionalisiert.

Ähnlich läuft es beim „Rotkehlchen“ aus dem Oberspreewald-Lausitz-Kreis. Hier arbeitet eine Redaktion an den Inhalten, setzt die Zeitung und teilt die Verteilung auf. Es werden 36.000 Exemplare über den Wochenkurier und zusätzlich 20.000 Exemplare per Hand durch die Mitglieder verteilt. So bekommen wesentlich mehr Bürger*innen die Chance, von und über die Arbeit der LINKEN zu erfahren.

Insgesamt werden im Landesverband 13 Kreiszeitungen herausgegeben. In den Kreisen Dahme-Spreewald, Oberhavel und in der Prignitz werden keine Zeitungen der Partei herausgegeben. In weiteren Kreisen gibt es noch Kleinen Zeitungen der Regionalgruppen oder Stadtverbände, Basisorganisationen sowie der Fraktionen. Wenn man alle Auflagen der Zeitungen zusammenrechnet, kommen wir auf die stolze Menge von 213.000 Exemplaren pro Auflage.

Unterstützung erhalten die Redaktionen vor allem durch die LAG Rote Reporter. Diese hat in den vergangenen zwei Jahren aktiv die Qualifizierung der Redakteur*innen betrieben. Seien es die Wochenendschulungen oder die Tagesseminare, die in einer hohen Qualität vorbereitet und durchgeführt werden. Auch in den Jahren 2016 und 2017 fanden Pressefeste der Kleinen Zeitungen in Bernau statt. Bei diesem Fest kommen die Faktoren Zusammengehörigkeit,

Qualifikation, Spaß und Unterhaltung zusammen. Eine Mischung, die man sich bei anderen auch wünscht. An dieser Stelle möchten wir den Dank an die vier Sprecher der LAG gern aussprechen: Berit Christoffers, Olaf Präger, Heinz Schneider und Bernd Wolter. Das nächste Pressefest der Kleinen Zeitungen wirft bereits seine Schatten voraus. Es findet wiederum in Bernau statt, am 16. Juni 2018. Dazu seid ihr jetzt schon herzlich eingeladen. An diesem Tag geht es den Roten Reportern um die Fotografie und die Darstellung von Personen in unseren Kleinen Zeitungen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei Reinhard Frank für die jahrelange Unterstützung der Kleinen Zeitungen und der LAG Rote Reporter bedanken.

Als Pressesprecherin des Landesvorstands fungiert die Landesgeschäftsführerin Anja Mayer. Zu wichtigen Themen meldete sich der Landesvorstand mit Presseerklärungen und Pressekonferenzen zu Wort. Bei aktuellen Themen reagierten in der Regel die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands zeitnah über Presse- und/oder Facebookzitate. Erheblich verbessert hat sich die Kommunikation über die sozialen Netzwerke zum Abstimmungsverhalten und zu Initiativen im Bundesrat. Im Zuge von ausgewählten Abstimmungen im Bundesrat wurden zeitnah Informationen für alle Mitglieder über Verteiler und Newsletter sowie für andere Landesverbände zur Verfügung gestellt.

Gleichstellung

Für die 2. Tagung des 5. Landesparteitages ist es gelungen, das Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit in der Partei die LINKE Brandenburg – analog zu dem Konzept auf Bundesebene – zu erarbeiten und schließlich mit großer Mehrheit zu beschließen. Als erster Kreisverband hat LDS das Konzept für den Kreisverband aufgearbeitet und umgesetzt. Nach und nach werden nun alle Anregungen und Maßnahmen des Konzepts im Landesverband umgesetzt. In 2017 fand, nach längerer Pause, eine gut besuchte Landesfrauenkonferenz statt. Der Termin für die Landesfrauenkonferenz am 20. Oktober 2018 wurde fest in die Jahresplanung aufgenommen. In der Haushaltsplanung 2018 wurde, wie im Konzept beschlossen, ein eigenes Frauenbudget eingeplant. Wir bitten die Kreisverbände, ebenfalls in ihrer Haushaltsplanung das durch den Landesparteitag beschlossene Frauenbudget aufzunehmen. Ein weiterer Aspekt des Konzepts sieht vor, den Frauenanteil unter den hauptamtlich Beschäftigten zunehmend zu erhöhen. Auf der derselben Tagung des 5. Landesparteitages wurde ebenfalls eine optionale Doppelspitze unter Berücksichtigung der Mindestquotierung in der Satzung verankert.

Bei Landesparteitagen ist eine Kinderbetreuung selbstverständlich. Dennoch ist es uns wichtig, dieses Angebot nach und nach auszuweiten, um Familien und Alleinerziehenden parteipolitisches Engagement zu erleichtern. Deshalb wurde in der Landesgeschäftsstelle eine Kinderecke eingerichtet und es wird zunehmend bei Gremienberatungen oder Veranstaltungen auf Landesebene eine professionelle Kinderbetreuung angeboten.

Diesem Landesparteitag liegt ein Antrag der LAG LINKE Frauen, unterstützt durch den Landesvorstand, vor, der eine Ansprechperson bei sexualisierten Äußerungen beim Landesvorstand einzurichten. Zwar sind im Landesverband solche Vorfälle nicht bekannt, im Zuge der gesellschaftlichen Diskussion ist es uns aber wichtig, präventiv tätig zu werden.

Finanzarbeit

In den Berichtszeitraum fallen die Jahre 2016 und 2017. In 2016 war die Finanzarbeit vor allem durch die Arbeit zur Reduzierung der beitrags säumigen Mitglieder geprägt. Hilfreich waren dazu die vorgenommenen Veränderungen an der Bundes- sowie Landessatzung. Bei der Berechnung von Mandaten zählen nunmehr ausschließlich beitragszahlende und beitragsbefreite Mitglieder. Die Mitgliedzahl sank dadurch in 2016 überdurchschnittlich, gleichzeitig gab es im Vergleich zu 2015 kaum Verlust bei den Mitgliedsbeiträgen.

Die größte finanzielle Ausgabe wurde in 2016 für die Hofsanierung und die Sanierung der Fenster im Lothar-Bisky-Haus getätigt. Diese Mittel wurden vollständig aus der dafür angesparten Rücklage, dem Hausfonds, entnommen.

In 2017 stand die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl im Mittelpunkt der Finanzarbeit. Auf Beschluss des Wahlkampf büros und des Landesvorstandes wurden dafür 200.000,- Euro aus dem Zentralen Wahlkampf fonds der Bundespartei abgerufen. Zudem wurde im Bundesfinanzrat mit dem Bundesschatzmeister eine bundesweite Spendenkampagne verabredet. Der Landesverband Brandenburg trug wesentlich zum Erfolg und dem Erreichen des Spendenziels von 500.000,- Euro bei. Der Anteil, den der Landesverband erhielt, beträgt 28.957,- Euro. Insgesamt ist in 2017 ein deutlicher Spendenanstieg zu verzeichnen.

Ausgabenseitig konnten im Bundestagswahlkampf 2017 dadurch auch kurzfristige und finanzintensive Vorhaben und Projekte realisiert werden. In der Endabrechnung stehen den 253.612,95 Euro an Einnahmen, 242.923,29 Euro an Ausgaben gegenüber.

Aufgrund des Wahlergebnisses von 2014 stehen uns 91.589,- Euro pro Jahr als staatliche Mittel zur Parteienfinanzierung zu. Um die Wahlkampf rücklage im Zentralen Wahlkampf fonds der Bundespartei bedarfsgerecht anzusparen, wurde mit der Landtagsfraktion bei der Neuregelung der Mandatsträger*innenbeiträge vereinbart, aus den Mehrerlösen jährlich weitere 60.000,- Euro in den zentralen Wahlkampf fonds einzuzahlen.

Insgesamt stiegen die Mandatsträger*innenbeiträge für den Landesverband. Positiv wirkt sich aus, dass ein prozentualer Beitragssatz zu den Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten und der Regierungsmitglieder von neun Prozent vereinbart wurde, der eine automatische Anpassung bei steigenden Diäten vorsieht. So konnten die Mandatsträger*innenbeiträge von 226.390,- Euro im Jahr 2016 auf 234.810,- Euro im Jahr 2017 gesteigert werden.

Auch in den Kreisverbänden wurden die Einnahmen durch die Mandatsträger*innenbeiträge erhöht, trotz der geringeren Anzahl von kommunalen Mandaten nach der Wahl im Mai 2014. Waren es in 2016 noch 96.440,36 Euro stieg die Summe in 2017 auf 99.769,28 Euro. Diese Mittel werden zum großen Teil in die Rücklagen der Kreisverbände zur Finanzierung der nächsten Kommunalwahlen gelegt.

Die Haupteinnahmequelle der Partei bleiben aber die Mitgliedsbeiträge. Der Beitragsdurchschnitt (inkl. EL-beitrag) wurde weiter gesteigert. Im bundesweiten Vergleich der Landesverbände nimmt Brandenburg inzwischen die Spitzenposition ein. Der durchschnittliche Beitragssatz stieg von 18,22 Euro im Jahr 2015, auf 19,43 Euro im Jahr 2016, auf nunmehr

19,74 Euro im Jahr 2017 je Mitglied und Monat. Ein Absinken der absoluten Zahlen bei den Beiträgen konnte somit trotz deutlichem Mitgliederrückgang, moderat gehalten werden.

Weiterhin positiv wirkt sich die auf dem Bundesparteitag in Bielefeld beschlossene Änderung der Beitragsordnung aus. Der Mindestbeitrag wurde auf 3 Euro pro Monat erhöht, ein Beitragsatz von 1,50 Euro pro Monat ist nur noch für Mitglieder ohne Einkommen möglich. Bei den Bestandsmitgliedern wird regelmäßig, vor allem mit der Übergabe der Zuwendungsbescheinigungen für das Vorjahr, gebeten, die Beitragshöhe zu überprüfen. Die neue Beitragstabelle wurde zudem auf die Einzugsermächtigungen abgedruckt. Seit 2016 werden alle Zuwendungsbescheinigungen zentral von der Landesgeschäftsstelle erstellt und versendet.

Weiterhin ist zu beobachten, dass die durchschnittlichen Beiträge bei Mitgliedern im Bank-einzug deutlich höher sind als bei Mitgliedern, die in den Kreisverbänden ihren Beitrag in bar oder per Überweisung entrichten.

Die Beitrags-, Spenden und Mandatsträger*innenbeiträge entwickelten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

2015: Beiträge: 1.448.810,62 (davon 29.573,00 EL) Spenden: 195.761,25 MTB: 310.101,32
2016: Beiträge: 1.448.156,80 (davon 29.635,50 EL) Spenden: 159.642,13 MTB: 322.830,36
2017: Beiträge: 1.435.663,30 (davon 28.438,00 EL) Spenden: 172.320,03 MTB: 334.579,28

Die Vermögenslage im Landesverband hat sich wie folgt entwickelt:

2015: LV 805.190,18 € KV 1.026.028,98 € gesamt: 1.831.219,16 €
2016: LV 812.061,44 € KV 1.217.903,42 € gesamt: 2.029.964,86 €
2017: LV 850.818,62 € KV 1.194.684,43 € gesamt: 2.045.503,05 € (vorläufig)

Rücklagen wurden planmäßig für den Landeswahlkampffonds (Finanzierung von kommunalen Wahlkämpfen), den Strukturfonds (Finanzierung von Umzügen, Renovierung und Neu-ausstattung von Geschäftsstellen) und den Hausfonds für die Instandhaltung der Landesgeschäftsstelle gebildet. Deren Entwicklung sieht wie folgt aus:

	Strukturfonds	Wahlfonds	Hausfonds
Stand 01.01.2016	110.190,56 €	237.119,40 €	76.343,67 €
Zugang	31.325,83 €	40.000,00 €	20.000,00 €
Zinsen	635,21 €	1.277,86 €	349,95 €
Abgang	18.076,72 €	47.805,82 €	44.136,30 €
Stand 31.12.2017	124.074,88 €	230.591,44 €	52.557,32 €

Rücklagen wurden planmäßig für den Landeswahlkampffonds (Finanzierung von kommunalen Wahlkämpfen), den Strukturfonds (Finanzierung von Umzügen, Renovierung und Neu-ausstattung von Geschäftsstellen) und den Hausfonds für die Instandhaltung der Landesgeschäftsstelle gebildet. Deren Entwicklung sieht wie folgt aus:

	Strukturfonds	Wahlfonds	Hausfonds
Stand 01.01.2016	110.190,56 €	237.119,40 €	76.343,67 €
Zugang	31.325,83 €	40.000,00 €	20.000,00 €
Zinsen	635,21 €	1.277,86 €	349,95 €
Abgang	18.076,72 €	47.805,82 €	44.136,30 €
Stand 31.12.2017	124.074,88 €	230.591,44 €	52.557,32 €

Im Jahr 2018 wird erstmalig auf Grundlage des Beschlusses der 2. Tagung des 5. Landesparteitags ein spezieller Frauenfonds in Höhe von 5.000,- Euro gebildet.

Seit 2015 erhält der Landesverband, keine Mittel mehr aus dem Länderfinanzausgleich der Bundespartei. Trotzdem blieben die finanziellen Verhältnisse stabil.

Am 31. März 2017 wurde neben den regelmäßigen stattfindenden Prüfungen durch die Landesfinanzrevisionskommission eine Prüfung des Landesverbandes durch die Bundesfinanzrevisionskommission ohne wesentliche Beanstandungen vorgenommen.

Der Landesvorstand dankt Ronny Kretschmer und Gabi Krasert für die zuverlässige und hervorragende Arbeit. Besonderer Dank gilt auch den Finanzverantwortlichen in den Kreisverbänden und der Landesfinanzrevisionskommission, ohne deren zuverlässige und genaue Arbeit die Finanzen des Landesverbandes keine so positive Entwicklung genommen hätten.

Danksagung

Der Landesvorstand dankt allen Mitstreiter*innen für die Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Wir wissen, dass vieles von dem nicht möglich gewesen wäre, ohne das unermüdliche ehrenamtliche Engagement unserer Genoss*innen vor Ort, ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden, den Kreisgeschäftsführer*innen, den Kreisschatzmeister*innen und den Mitgliedern der Landtags- und Bundestagsfraktion und dem Europaabgeordneten, ohne die fleißige Arbeit unserer hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und Praktikant*innen der Landesgeschäftsstelle und ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit vielen externen Partner*innen. Dafür herzlichen Dank!

Berichte, Landesparteitag 17./18. März 2018

Bericht des Landesausschusses

Die Aufgaben des Landesausschusses sind im § 20 der Satzung der Partei DIE LINKE, Brandenburg geregelt. Er ist das Vertretungsgremium der Kreisverbände. Der Landesausschuss berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen. Gegenüber dem Landesvorstand übt er eine Kontroll- und Initiativfunktion aus.

Dieser Bericht bezieht sich auf die Kalenderjahre 2016 und 2017.

Entsprechend § 21 der Landessatzung können 38 Genossinnen und Genossen in den Landesausschuss gewählt werden; 30 aus den Kreisverbänden, je zwei aus dem Landesvorstand und dem Jugendverband sowie vier aus den Zusammenschlüssen. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 36 Mandate besetzt.

Die konstituierende Sitzung des Landesausschusses fand am 23. Januar 2016 statt. Auf dieser Sitzung wurde die Geschäftsordnung beschlossen und es gab eine Verständigung zur Arbeitsweise des Gremiums sowie zum Selbstverständnis. Matthias Loehr und Karin Heckert wurden in ihren Funktionen als Vorsitzender und als Stellvertreterin des Gremiums bestätigt.

Der jährliche Finanzplan des Landesvorstandes und der Plan der Abführungen waren u. a. Gegenstand der Beratung.

In Kontinuität befasste sich der Landesausschuss in regelmäßigen Abständen mit den Mandatsträgerspenden, entsprechend der Bundesfinanzordnung. Auch dem Wirken dieses Gremiums ist es zu verdanken, dass mittlerweile alle Landtagsabgeordneten regelmäßig und in voller Höhe ihre Mandatsträgerbeiträge entrichten. In den Kreisverbänden bleibt diese Aufgabe für die zuständigen Vorstände eine Herausforderung von Dauer.

Der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den Kreisverbänden und Zusammenschlüssen war fester Bestandteil der Beratungen, aus dem eine Reihe von Anregungen aufgenommen wurde.

Die geplante Verwaltungsstrukturreform und die damit einhergehende Neugliederung der Brandenburger Kreise war ein wiederkehrendes Thema in den Sitzungen des Landesausschusses unter Teilnahme zahlreicher Gäste. Der konstruktive Dialog im Gremium trug dazu bei, dass die Auseinandersetzung zu diesem Vorhaben in unseren Reihen deutlich sachlicher ablief als beim Koalitionspartner. Letztlich waren jedoch die misslungene Kommunikation des Innenministeriums sowie die sachfremde und populistische Kampagne der CDU maßgeblich für das Scheitern des Vorhabens verantwortlich.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag im Herbst 2017 war ebenso fester Bestandteil der Beratungen. Gemeinsam mit dem Landesvorstand wurden die Kriterien für Kandidaturen sowie die Finanzierung des Wahlkampfes diskutiert und beschlossen und ein gemeinsamer Listenvorschlag erarbeitet. Dieser umfasste die ersten drei

Listenplätze. Auf der Vertreter*innenversammlung in Falkensee wurde der Listenvorschlag der beiden Gremien letztlich bestätigt.

Einige Beratungen wurden in diesem Zusammenhang als gemeinsame Sitzungen mit dem Landesvorstand durchgeführt.

Entsprechend unserer Landessatzung beschloss der Landesausschuss die Vergabe von Delegiertenmandaten für den Landesparteitag. Zu Streitigkeiten kam es – wie in der vorherigen Legislaturperiode – im Berichtszeitraum nicht.

Der Landesausschuss war in den vergangenen zwei Jahren bemüht, auch die aktuellen politischen Vorhaben und Erfolge unserer Landtagsfraktion zu begleiten und in die Partei zu vermitteln. Um dieses Ziel zu erreichen, nahmen Mitglieder der Fraktion regelmäßig an den Beratungen des Gremiums teil. Darüber hinaus waren Beschlüsse und Papiere aus Fraktion und Landesregierung Gegenstand der Beratungen.

Die Diskussionen zur Situation in der Bundespartei sowie der Umgang und die Integration von geflüchteten Menschen nahmen auch im Landesausschuss viel Zeit in Anspruch. In diesem Zusammenhang gab es u. a. Diskussionen zu den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ und Anregungen zum Landesaufnahmegesetz.

Ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit im Landesverband wurde intensiv im Landesausschuss diskutiert. Insbesondere die darin enthaltenen Vorschläge zur Parteientwicklung, zur Vorbereitung von Wahlen sowie der Öffentlichkeitsarbeit sollten regelmäßiger Bestandteil in den Beratungen der Parteigremien sein.

Eine Einbeziehung des Landesausschusses in die Erarbeitung des Personalvorschlages für die 1. Tagung des 6. Landesparteitages fand leider nicht statt.

Das durch die Landesgeschäftsführerin eingeführte Angebot einer Kinderbetreuung während unserer Beratungen wird durch den Landesausschuss ausdrücklich begrüßt. Wir regen an, dieses fortzuführen.

Matthias Loehr (Vorsitzender des Landesausschusses im Berichtszeitraum)

Karin Heckert (stellv. Vorsitzende des Landesausschusses im Berichtszeitraum)

Berichte, Landesparteitag 17./18. März 2018

Bericht der Landesfinanzrevisionskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Arbeit in der vergangenen Wahlperiode März 2016 bis März 2018 haben wir als Landesfinanzrevisionskommission trotz personeller Schwierigkeiten gut gemeistert. Zur Erinnerung: 2016 stellten sich wieder nur 4 Genossinnen und Genossen zur Wahl als Mitglieder der Kommission. Innerhalb der Wahlperiode verstarb eine Genossin und wir arbeiteten nur noch zu dritt.

Da ein Genosse oftmals dienstlich verhindert war prüften wir viele Termine nur zu zweit. Im Interesse einer regelmäßigen Arbeit werben wir daher weiterhin um Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Landesfinanzrevisionskommission.

Insgesamt trafen wir uns zu 13 Sitzungen in der Landesgeschäftsstelle im Lothar-Bisky-Haus. Prüfungsschwerpunkte im Land bildeten der Haushalt 2016 und 2017 und die dazugehörigen Jahresabschlüsse.

Großes Augenmerk galt insbesondere den Konten, die hohe Differenzen zwischen geplanten und eingesetzten finanziellen Mitteln aufwiesen. Abweichungen könnten in den meisten Fällen schlüssig erklärt werden. Uns fiel allerdings wieder auf, dass bestimmte Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse der Partei geplante Mittel zu null Prozent abgerufen haben. Schon im letzten Bericht baten wir den Landesvorstand seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden und Einfluss auf diese Gremien zu nehmen, damit sie ihrer Arbeit im Sinne unserer Partei nachkommen. Insbesondere denken wir da an die AG Mitgliedergewinnung.

Wir prüften ebenso die Abrechnung der Mittel des Bundestagswahlkampfes. Wir führten Kontoprüfungen durch und prüften Belege zu Sachaufwendungen, des Personalbereiches und der parteiintern erlassenen Regelwerke durch.

Die Verwendung aller Gelder war durch entsprechende Beschlüsse legitimiert und nachvollziehbar in den Prüfungsunterlagen nachweisbar. Vergleichsangebote wurden eingeholt.

Alle Prüfungsfeststellungen wurden ordnungsgemäß protokolliert und an den Schatzmeister weitergeleitet. Offene Fragen wurden besprochen und konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden.

Revisionen fanden zudem in den Kreisverbänden Oberspreewald-Lausitz und Potsdam statt. Die Letztere war eine Antragsprüfung. Wir prüften erneut die Abrechnungen der Zuwendungen an den Jugendverband „Solid“ auf der Grundlage unserer Hinweise, resultierend aus der Prüfung im Jahre 2016. Festgestellte Mängel wurden mit den Schatzmeistern der Kreise ausgewertet und abgestellt.

Kassenprüfungen fanden wieder unangemeldet statt. Alle Belege waren ordnungsgemäß gebucht und mit den notwendigen Unterschriften versehen. Der Kassenbestand wies zu keiner Zeit Differenzen auf.

Zu allen unseren Sitzungsterminen luden wir den Landesschatzmeister ein. Er informierte uns über aktuelle Entwicklungen im Landesverband und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Auswirkungen und stellte uns alle für unsere Arbeit relevanten Unterlagen zur Verfügung.

Laut unserer Jahresplanung 2017 wollten wir noch fünf weitere Prüftermine wahrnehmen. Diese mussten aus Krankheitsgründen abgesagt werden.

Eine geplante Schulung der Kreisfinanzrevisionskommissionen musste wegen mangelndem Interesse der Kreise abgesagt werden. Der personelle und finanzielle Aufwand hätte wieder in keinem Verhältnis zur Teilnehmer*innenzahl gestanden. Wir machten den Kreisfinanzrevisionskommissionen allerdings das Angebot, sich bei Beratungsbedarf mit der Landesfinanzrevisionskommission in Verbindung zu setzen.

Personelle Engpässe erlaubten uns nicht, an den Beratungen des Landesfinanzrates teilzunehmen. Wir wurden allerdings durch den Schatzmeister über Inhalte informiert.

Durch den Landesschatzmeister und die Genossinnen der Buchhaltung wurden wir in jeder erdenklichen Weise in unserer Arbeit unterstützt, indem uns alle angeforderten Belege und Unterlagen zuverlässig zur Verfügung gestellt wurden. Fragen wurden stets zeitnah beantwortet. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich beim Landesschatzmeister und den Mitarbeiterinnen der Buchhaltung bedanken.

Abschießend bescheinigt die Landesfinanzrevisionskommission dem Landesverband im Berichtszeitraum einen ordnungsgemäßen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Partei und empfiehlt den Delegierten des Landesparteitages, dem Landesschatzmeister eine entsprechende Entlastung zu erteilen.

Potsdam, im Februar 2018

Sylvia Wagner
Vorsitzende der LFRK

Berichte, Landesparteitag 17./18. März 2018

Bericht der Landesschiedskommission

Der 5. Landesparteitag der LINKEN wählte am 6. März 2016 Marlen Block, Andreas Büttner, Margitta Mächtig, Katharina Slanina, Florian Szonn und Jürg Wegewitz in die Schiedskommission des Landesverbandes der LINKEN in Brandenburg. Die Landesschiedskommission führte im Berichtszeitraum zwei Beratungen durch.

1. Der Landesschiedskommission lag ein Antrag des Kreisverbandes Cottbus vom 8. Februar 2016 zum Ausschluss eines Mitgliedes vor. Die LSK der vorangegangenen Wahlperiode hatte dieses Verfahren am 14. Februar 2016 per Beschluss eröffnet. Es wurde unter Aktenzeichen LSK BB/01/2016 geführt. Der Antragsgegner trat vor Durchführung des Verfahrens aus der Partei aus.
2. Am 18. April 2016 wandte sich ein parteiloses Mitglied einer Kommunalvertretung im Landkreis Märkisch-Oderland an die Schiedskommission mit der Aufforderung gegen seinen Ausschluss aus der Fraktion aktiv zu werden. Hier teilte die Landesschiedskommission dem Antragsteller mit, dass die Landesschiedskommission dazu nicht tätig werden kann.
3. Der Kreisverband Oberhavel wandte sich an die Landesschiedskommission mit der Bitte um Klarstellung zur Wirksamkeit eines Einspruchs gegen eine wiederholte Eintrittserklärung eines Bürgers in die Partei DIE LINKE vom 26. Juli 2016. Die Landesschiedskommission prüfte die Fristeinhaltung des Einspruchs und die notwendigen Informationen an den Landesvorstand und die Landesschiedskommission. Widerspruch gegen diesen Einspruch hat der Bürger bei der Landesschiedskommission nicht eingelegt, so dass dieser rechtskräftig wurde.
4. Am 14. September 2016 informierte die Bundesschiedskommission, dass sie die Beschwerde von 2 Bürgern – gegen den Beschluss zum Ausschluss der Betroffenen – der Landesschiedskommission Brandenburg AZ LSK_BB/02/2015 und LSK_BB/03/2015 in öffentlicher Sitzung am 10. September 2016 zurückgewiesen hat.

Die Landesschiedskommission bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Im Auftrag

Margitta Mächtig

A1 NEU: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Landesvorstand

908 Ein neues Agrarleitbild für Brandenburg!

909 Das aktuelle europäische Agrarmodell und die Gemeinsame EU-Agrarpolitik stehen unter
 910 starkem gesellschaftlichen und politischen Druck. Aus Sicht der LINKEN ist die strategische
 911 Ausrichtung auf einen globalen Weltagrarmarkt ein Systemfehler, weil er aktuell allein auf die
 912 Minimierung der Produktionskosten ausgerichtet ist – koste es, was es wolle. Dieser
 913 Dumpingwettbewerb ist eine gefährliche Sackgasse zu Lasten von Mensch und Natur. Denn er
 914 führt zu Erzeugerpreisen, die die Kosten einer gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft
 915 nicht mehr decken. Damit droht die regionale Landwirtschaft eine wichtige Existenzgrundlage
 916 und Legitimation zu verlieren.

917 Das gilt es zu verhindern, denn Land- und Stadtbevölkerung befürworten in breiten Teilen eine
 918 nachhaltige und regional verankerte Landwirtschaft, die das Land Brandenburg und Berlin mit
 919 Obst, Gemüse und allen Produkten der Landwirtschaft versorgen können. Die Nähe von
 920 Erzeugung, Herstellung und Vermarktung von regionalen Produkten fördert das Zu-
 921 sammenleben von Land- und Stadtbevölkerung und dient dem gesellschaftlichen Miteinander.

922 Demgegenüber steht die weiter wachsende Marktübermacht von Konzernen bei Düngemitteln,
 923 Saatgut, Verarbeitung und Handel mit der Folge, dass selbst höhere Lebensmittelpreise keine
 924 höheren Erzeugerpreise sichern, oft genug im Gegenteil. Selbst die Produktionsgrundlage
 925 Boden ist durch explodierende Bodenkauf- und -pachtpreise gefährdet, weil diese durch
 926 landwirtschaftliche Arbeit kaum mehr zu finanzieren sind.

927 Unterdessen stößt selbst das Prinzip „Wachse oder Weiche“ an klar erkennbare Grenzen. Es
 928 geht längst nicht mehr um „klein gegen groß“, sondern um den Überlebenskampf einer vor Ort
 929 verankerten gegen eine durch Investoren gesteuerten Landwirtschaft.

930 Deshalb sieht DIE LINKE nicht nur immer wieder auftretende, zyklische Krisen in der Land-
 931 wirtschaft, sondern Fehler im System, die dringend behoben werden müssen. Damit die, die
 932 Lebensmittel produzieren, von dieser Arbeit leben können und Ernährungssouveränität vor Ort
 933 gesichert statt von internationalen Konzernen bestimmt wird.

934 Deshalb wollen wir mit allen direkt und indirekt Betroffenen ein neues Agrarleitbild diskutie-
 935 ren, das die Landwirtschaft strategisch wieder am Gemeinwohl orientiert. Das heißt auf die
 936 Sicherung ihrer Versorgungsfunktion vor allem mit nachhaltig produzierten und regional ver-
 937 arbeiteten Lebensmitteln, aber auch mit Erneuerbaren Energien sowie auf den Erhalt unserer
 938 natürlichen Lebensgrundlagen. Agrarpolitik muss sichern, dass Landwirtschaft und ländliche
 939 Räume wieder enger verzahnt, miteinander gedacht und Verbraucherinnen und Verbraucher als
 940 Verbündete verstanden werden. Rechtssetzung und Förderpolitik, aber auch die Agrar-
 941 wissenschaften müssen auf dieses gesellschaftspolitische Agrar-Leitbild ausgerichtet werden.

942 Dabei gilt es selbstverständlich, regional verwurzelte Strukturen, Erfahrungen und Kompe-
 943 tenzen, aber auch neue Ideen zu nutzen und dieses Agrar-Leitbild durch einen breiten gesell-
 944 schaftlichen Dialog unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure zu entwickeln und

945 fortzuschreiben. So ist aus Sicht der LINKEN ein Brandenburger Agrar-Leitbild z. B. ohne Be-
 946 kenntnis zu Agrargenossenschaften und bäuerlichen Familienbetrieben nicht denkbar, aber
 947 auch neue Formen wie die Solidarische Landwirtschaft müssen dazu gehören.

948 Doch schon jetzt ist es aus Sicht der LINKEN Brandenburg dringend notwendig, Weichen zu
 949 stellen, um die vor Ort verwurzelten Landwirtschaftsbetriebe zu stärken, die wir dringend als
 950 Verbündete für eine nachhaltige Landwirtschaft brauchen. Dazu gehören insbesondere die
 951 folgenden drei politischen Schwerpunkte.

952 **Sicherung des Bodens für ortsansässige Landwirtschaft**

953 Immer mehr landwirtschaftsfremde Investorinnen und Investoren sehen im Boden ein lukrati-
 954 ves Spekulationsobjekt. Die Pacht- und Kaufpreise sind exorbitant gestiegen und haben sich in
 955 Brandenburg seit 2005 vervierfacht. Das erschwert den Bodenerwerb für Landwirt*innen und
 956 begünstigt die Eigentumskonzentration in zudem weitgehend undurchsichtigen Agrarholding-
 957 Strukturen, obwohl eine breite Streuung des Bodeneigentums in der Bundesrepublik politischer
 958 Konsens ist. So verschwinden die in den ländlichen Räumen so wichtigen Verbindungen
 959 zwischen Dorf und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Investorenlandwirtschaft verändert auch das
 960 Gesicht der Dörfer, nicht nur ihre Umgebung. Der Boden ist eine begrenzte natürliche
 961 Ressource, für deren Erhalt wir als Gesellschaft eine besondere Verantwortung tragen. Deshalb
 962 bleibt für DIE LINKE die Bodenfrage eine Schlüsselfrage für politisches Handeln!

963 Die verfügbaren Instrumente des Grundstücksverkehrsrechts in der Bundesrepublik Deutsch-
 964 land sind aktuell den Herausforderungen der Konzentration von Grund und Boden in den
 965 Händen weniger Spekulant*innen nicht gewachsen. Landwirtschaftliche Grundstücksverkäufe
 966 an Nicht-Landwirt*innen sind zwar genehmigungspflichtig und können untersagt werden, wenn
 967 sie einer „gesunden Agrarstruktur“ zuwiderlaufen. Aber es fehlt erstens an einer Definition in
 968 einem Agrar-Leitbild und zweitens liegt seit der Föderalismusreform die Gesetzge-
 969 bungskompetenz bei den Bundesländern, was ein Handeln gegen bundes-, europa- oder gar
 970 weltweit agierende Strukturen schwierig und rechtsunsicher macht. Oft greift dieses Gesetz
 971 beim indirekten Kauf von Boden über den Kauf von Gesellschaftsanteilen landwirtschaftlicher
 972 Unternehmen nicht. Es liegt aber im öffentlichen Interesse, dass der Gesetzgeber orts-
 973 ansässigen Landwirt*innen und Junglandwirt*innen weiter ein besonderes Zugriffsrecht sichert
 974 und vor Ort verankerte Agrarstrukturen gegen landwirtschaftsfremde Investor*innen schützt.
 975 Dies muss bundeseinheitlich geregelt werden. Es werden sowohl ordnungspolitische als auch
 976 förderpolitische und steuerliche Instrumente gebraucht. Dafür wird DIE LINKE. Brandenburg
 977 sowohl auf Bundesebene als auch gemeinsam mit anderen Ländern Druck machen.

978 **Für eine nachhaltige Tierhaltung**

979 Die fortschreitende Investoren-Landwirtschaft hat gleichzeitig enorme Auswirkungen auf die
 980 Tierhaltung, so auch in Brandenburg. Einerseits haben landwirtschaftliche Investor*innen vor
 981 allem Interesse an gut bezahlten Ackerkulturen, andererseits geben aufgrund des hohen fi-
 982 nanziellen Drucks immer mehr Betriebe die landwirtschaftliche Tierhaltung auf. Ersetzt werden
 983 sie allzu oft durch gewerbliche Megaställe. Aber Tierhaltung und Pflanzenproduktion gehören

984 zusammen. Ihr Zusammenspiel ist die Voraussetzung für regional geschlossene Stoffkreisläufe.
 985 Deshalb braucht eine nachhaltige Landbewirtschaftung eine flächengebundene Tierhaltung,
 986 von der man leben kann.

987 Die Tierhaltung ist in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt, in Brandenburg ins-
 988 besondere durch das Volksbegehren „Stoppt Massentierhaltung“. Der mit allen Akteurinnen
 989 und Akteuren ausgehandelte Kompromiss hat die Chance eröffnet, den Weg einer tiergerech-
 990 teren Nutztierhaltung zu gehen. Der inzwischen durch Wissenschaft, Berufsstand, Aktions-
 991 bündnis und verschiedenen Interessenverbänden vorgelegte Tierschutzplan ist ein erfolgrei-
 992 cher erster Schritt. DIE LINKE. Brandenburg bekennt sich dazu, diesen Weg konsequent weiter
 993 zu gehen. Die Umsetzung und ständige Weiterentwicklung des Tierschutzplanes werden uns
 994 über Jahre begleiten. Es ist ein langer Weg auf dem wir alle Akteur*innen mitnehmen wollen.

995 **Gemeinsame EU-Agrarpolitik nach Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“**

996 Auch die EU-Agrarförderpolitik muss auf die aktuellen Entwicklungen reagieren. Dazu gehören
 997 nicht nur ökologische Herausforderungen, sondern unbedingt auch soziale. Agrarfördergelder
 998 müssen ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe unterstützen, die fair bezahlte Arbeitsplätze
 999 bieten, Natur und Klima schützen, Nutztiere tierschutzgerecht halten und die ländlichen Räume
 1000 stärken. Hierzu gehört für uns auch die Förderung der Beratung von landwirtschaftlichen
 1001 Betrieben. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte in dieser Zeit der Umstrukturierung
 1002 nicht allein lassen. *Landwirtschaftsfremde* Investor*innen wollen wir dagegen von der
 1003 Agrarförderung ausschließen.

1004 Daraus leiten wir folgende politischen Ziele ab:

- 1005 • Ein Brandenburger Agrar-Leitbild muss diskutiert werden!
- 1006 • Schluss mit der Konzentration von Bodenbesitz in den Händen weniger, gegen Inves-
 1007 torenlandwirtschaft, vielfältige Eigentumsformen müssen gesichert werden!
- 1008 • Für gute Arbeit auf dem Lande und eine flächengebundene, nachhaltig produzierende
 1009 Landwirtschaft!
- 1010 • Lebensmittel sind keine Ramschware: Erzeugerpreise müssen kostendeckend, Le-
 1011 bensmittel bezahlbar sein!
- 1012 • Statt Marktübermacht von Konzernen muss die regionale Verarbeitung und Vermark-
 1013 tung gestärkt werden!
- 1014 • Tierhaltung muss standortgerecht, umweltverträglich und tiergerecht sein, aber auch
 1015 fair bezahlt werden!
- 1016 • Für einen verbindlichen Tierschutzplan, der konsequent umgesetzt wird! Der begon-
 1017 nene Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren muss weitergeführt werden!
- 1018 • Für eine EU-Agrarförderung, die soziale und ökologische Leistungen belohnt und die
 1019 Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen besser verzahnt!

A3 NEU: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Landesvorstand

Unterstützende: Landesausschuss

1020 Erarbeitung eines Vorschlags für die Landesliste zu den nächsten 1021 Landtagswahlen

1022 Der Landesparteitag beschließt: Im Landesverband wird das anliegend beschriebene Verfah-
1023 ren verwendet, um einen Vorschlag zur Aufstellung der Landesliste zur nächsten Landtagswahl
1024 zu erarbeiten und diesen der kommenden Vertreter*innenversammlung zu unterbreiten.

1025 Durch die Wahlordnung der Vertreter*innenversammlung wird das gesetzlich vorgesehene,
1026 freie Vorschlagsrecht der Versammlungsteilnehmer*innen sichergestellt. Für die Vertre-
1027 ter*innenversammlung soll allerdings ein möglichst breit getragener Vorschlag für die Lan-
1028 desliste erarbeitet werden.

1029 Dieser Vorschlag soll – so weit wie möglich – inhaltlichen, regionalen und altersmäßigen An-
1030 forderungen an eine künftige Fraktion gerecht werden. Ob dieser Vorschlag so angenommen
1031 und respektiert wird, entscheidet letztlich und souverän die Vertreter*innenversammlung. Das
1032 Vorschlagsrecht jeder einzelnen Vertreterin bzw. jedes Vertreters für alternative Kandi-
1033 dat*innen bleibt davon unberührt, ebenso wie das Recht der Versammlung, über die Aufnahme
1034 weiterer Vorschläge in das Wahlverfahren souverän zu entscheiden.

1035 Davon ausgehend wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

1036 Die Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat wird durch Landesvorstand und Landes-
1037 ausschuss nominiert. Für die folgenden „N“ Plätze sollen Kandidat*innen vorgeschlagen
1038 werden, die in den Wahlkreisen aufgestellt wurden. Im Ausnahmefall können durch den Lan-
1039 desvorstand auch Genoss*innen vorgeschlagen werden, die in keinem Wahlkreis aufgestellt
1040 wurden. Die Anzahl „N“ ist durch den neu gewählten Landesvorstand spätestens Anfang Mai
1041 auf der Landesvorstandsklausur zu beschließen vorzuschlagen.

1042 Die „N“ Plätze werden durch den Landesvorstand vorgeschlagen und in gemeinsamer Bera-
1043 tung von Landesvorstand und Landesausschuss durch getrennte Wahlen für ihre jeweiligen
1044 Listenplätze nominiert. Bei unterschiedlichen Voten der beiden Gremien, werden diese der
1045 Landesvertreter*innenversammlung mitgeteilt. Der Jugendverband kann auf einer Landes-
1046 mitgliederversammlung eine*n Kandidat*in bestimmen. Die Kreisverbände werden dazu
1047 ermuntert, gegenüber dem Landesvorstand und Landesausschuss, aber auch auf der Vertre-
1048 ter*innenversammlung, zu signalisieren, welche Wahlkreisbewerber*innen sie auf den
1049 „N“ Listenplätzen unterstützen wollen.

1050 Der Vertreter*innenversammlung wird vorgeschlagen, die Spitzenkandidatin oder den Spit-
1051 zenkandidaten sowie die „N“ durch Landesvorstand und Landesausschuss nominierten Plätze
1052 in Einzelwahl zu wählen. Hierfür wird die Landesgeschäftsführung beauftragt ein geeignetes
1053 Wahlverfahren, beispielsweise ein elektronisches Wahlverfahren, zu prüfen. Die nach
1054 Listenplatz „N“ folgenden Listenplätze sollen im Poolverfahren bestimmt werden.

1055 **Begründung:**

1056 Vorab: Ein perfektes Listenaufstellungsverfahren gibt es nicht.

1057 Das mit diesem Antrag vorgeschlagene Listenaufstellungsverfahren weicht vom Verfahren zur
1058 Listenaufstellung für die Landtagswahl 2014 ab. Wir versuchen, die in den Gremienberatungen
1059 wie Kreisvorsitzendenberatung, Kreisgeschäftsführer*innenberatung, Landeswahlkampfbüro,
1060 Landesausschuss und Landesvorstand, zum Ausdruck gebrachten Stärken des bisherigen
1061 Listenverfahrens zur Landtagswahl aufzugreifen und die genannten Schwächen klein zu halten.
1062 Als Stärke galt, dass über die Kreisverbände eine regionale Verteilung gewährleistet werden
1063 konnte. Dies wurde durch die Wahl im Poolverfahren verstärkt. Das Wahlergebnis hat jedoch
1064 dazu geführt, dass eben diese Verteilung nicht gegeben ist. Dem wollen wir entgegenwirken.

1065 Der Landesvorstand hat sich deshalb zu dem nun vorliegenden Verfahrensvorschlag ent-
1066 schlossen. Aus unserer Sicht ein einfaches, stringentes und nachvollziehbares Verfahren, das
1067 den Vertreter*innen die Möglichkeit gibt, jeweils direkt auf die regionale und fachliche Ver-
1068 teilung der Listenplätze zu achten und mit ihrer Wahlentscheidung darauf Einfluss zu nehmen.
1069 Wir gehen ebenfalls davon aus, dass die Kreisverbände die Möglichkeit für ihre Kandidat*innen
1070 zu werben nutzen werden. Wir vertrauen auf die Weisheit der Vielen um zu einer ausgewogenen
1071 Landesliste zu kommen.

A4 NEU: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Landesvorstand

Unterstützende: Landesausschuss

1072 **Zusammensetzung des Landesvorstands**

1073 Der Landesparteitag beschließt auf der 1. Tagung des 6. Landesparteitags gemäß § 18 Absatz
1074 1 der Landessatzung folgende Zusammensetzung des Landesvorstandes:

1075 * zwei Landesvorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,

1076 * drei stellvertretende Landesvorsitzende,

1077 * eine/n Landesgeschäftsführer/in und

1078 * eine/n Landeschatzmeister/in.

1079 und weitere 11 Mitglieder des Landesvorstandes unter Berücksichtigung der
1080 Mindestquotierung für den gesamten Landesvorstand.

1081

1082 **Begründung:**

1083 Auszug aus der Landessatzung:

1084 **§ 18 Wahl und Zusammensetzung des Landesvorstands**

1085 (1) *Der Landesvorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 18 vom Landesparteitag*
1086 *zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vor-*
1087 *standes.*

1088 *Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus*

1089 *a) einer Landesvorsitzenden oder einem Landesvorsitzenden oder zwei Landesvorsit-*
1090 *zenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,*

1091 *b) einer stellvertretenden Landesvorsitzenden, einem stellvertretenden Landesvorsit-*
1092 *zenden oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden,*

1093 *c) einer Landesschatzmeisterin oder einem Landesschatzmeister,*

1094 *d) einer Landesgeschäftsführerin oder einem Landesgeschäftsführer.*

1095 *Die genaue Zusammensetzung des Landesvorstands bestimmt der Landesparteitag.*

1096 *Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach a bis d werden durch den*
1097 *Parteitag gewählt.*

1098 (2) *Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem Ka-*
1099 *lenderjahr keine Wahl des Landesvorstands stattgefunden, muss diese spätestens auf*
1100 *einem ordentlichen Landesparteitag im darauf folgenden Kalenderjahr stattfinden. Im*
1101 *Übrigen finden eine Neuwahl des Landesvorstands oder eventuelle Nachwahlen auf*
1102 *Beschluss des Landesparteitags statt.*

1103 (3) *Dem Landesvorstand gehört eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des anerkannten Ju-*
1104 *gendverbandes des Landesverbands mit beratender Stimme an. Der Landesparteitag*
1105 *kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme bestimmen.*

- 1106 Die 1. Tagung des 5. Landesparteitages hatte beschlossen, die Anzahl der Stellvertreter*innen
1107 auf 4 festzulegen. Die 2. Tagung des 5. Landesparteitages hat per Satzungsänderung die
1108 Möglichkeit eingeräumt eine quotierte Doppelspitze zu wählen.
- 1109 Der Landesvorstand schlägt dem Parteitag deshalb vor, eine Doppelspitze für den
1110 Landesvorsitz zu wählen und gleichzeitig die Anzahl der Mitglieder des geschäftsführenden
1111 Landesvorstandes bei 7 zu belassen und deshalb 3 stellvertretende Landesvorsitzende zu
1112 wählen.

A10: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Dr. Tanja Jaksch, Dr. Bernd Stiller, Christopher Voß, Dr. Artur Pech

1113 **Landgrabbing wirksam bekämpfen!**

1114 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

1115 Der Ausverkauf landeswirtschaftlicher Nutzflächen an Finanzinvestoren muss wirksam
1116 bekämpft werden. Das schließt ein, der Bodenspekulation einen Riegel vorzuschieben und das
1117 Vorkaufsrecht der Landwirt*innen, die das Land selbst bewirtschaften, wirksam zu sichern.

1118 Der Landesparteitag fordert die Fraktion der LINKEN im Landtag auf, alle notwendigen und
1119 möglichen Gesetzesinitiativen zu ergreifen, um für diese Landwirt*innen bei der Ausübung des
1120 Vorkaufsrechtes den Kaufpreis nach dem Verkehrswert des Grundstücks im Zeitpunkt des
1121 Kaufes zu bestimmen, wenn der vereinbarte Kaufpreis den Verkehrswert in einer dem
1122 Rechtsverkehr erkennbaren Weise deutlich überschreitet.

1123

1124 **Begründung:**

1125 Land Grabbing – zu Deutsch: Landraub. In Ostdeutschland meint das den Verkauf
1126 landwirtschaftlicher Nutzflächen an zahlungskräftige Finanzinvestoren. Solche Käufe müssen
1127 bereits jetzt vorab von den Behörden genehmigt werden, denn der Erhalt einer
1128 funktionierenden Landwirtschaft ist nicht nur Privatsache einiger Landwirt*innen, sondern eine
1129 wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Lebens.

1130 Grundsätzlich haben Landwirt*innen, die das Land selbst bewirtschaften, nach dem
1131 „Grundstücksverkehrsgesetz“ ein Vorkaufsrecht. Sie sehen sich jedoch dabei den
1132 Auswirkungen einer extremen Preistreiberei ausgesetzt. In Ostdeutschland geht es im letzten
1133 Jahrzehnt etwa um eine Verdreifachung. So kommt es zu Preisen, die mit landwirtschaftlicher
1134 Produktion nicht mehr erwirtschaftet werden können.

1135 Analog den Verfahrensweisen im Baubereich für Gemeinden (nach § 28 Abs. 3 BauGB) kann
1136 die Gemeinde den zu zahlenden Betrag nach dem Verkehrswert des Grundstücks im Zeitpunkt
1137 des Kaufes bestimmen, wenn der vereinbarte Kaufpreis den Verkehrswert in einer dem
1138 Rechtsverkehr erkennbaren Weise deutlich überschreitet (siehe §§ 24 ff. BauGB). Damit wäre
1139 der gegenwärtigen Spekulation weitgehend der Boden entzogen, denn im Landkreis Oder-
1140 Spree ist in den letzten beiden Jahren die Tendenz zu bemerken, dass Landwirt*innen das ihnen
1141 zustehende Vorkaufsrecht wegen der Preise nicht ausüben können.

A11: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark (Beschluss vom 01.02.2018)

1142 **2018 – Jahr des Friedens**

1143 Der Landesparteitag fordert alle Kreisverbände auf, die Initiative „2018 – Jahr des
1144 Friedens“ vom Kreisverband Potsdam-Mittelmark aufzugreifen und mit eigenen Maßnahmen zu
1145 maximaler Breite zu verhelfen.

1146 Die politische Bildung und Aufklärung zum Thema „Frieden“ muss die Grundlage sämtlicher
1147 Aktivitäten darstellen.

1148 Der Landesvorstand wird beauftragt, die Initiative gezielt zu fördern und geplante Aktivitäten
1149 zu vernetzen.

1150 Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich zusammen mit den Brandenburger
1151 Parteivorstandsmitgliedern für eine schnelle Verbreitung der Initiative in allen
1152 Landesverbänden einzusetzen.

1153 Ziel ist es, bei den Ostermärschen 2018 eine zahlenmäßig starke Teilnahme unserer Mitglieder
1154 und Sympathisant*innen zu erreichen und als Partei DIE LINKE ein sichtbarer Partner für
1155 Frieden und Abrüstung zu sein.

1156

1157 **Begründung:**

1158 67 Prozent der Bundesbürger*innen sind gegen Kriegseinsätze, über 80 Prozent halten einen
1159 atomaren Konflikt für nicht ausgeschlossen. Trotzdem ist die Friedensfrage nur sehr allgemein
1160 in der öffentlichen Diskussion. Aber – die Menschen wollen durchaus darauf angesprochen
1161 werden und über ihre Beunruhigungen sprechen. Der große Stellenwert der Friedensfrage
1162 reicht über verschiedene soziale Schichten und politische Bekenntnisse.

1163 Der Bundesparteitag DIE LINKE hat auf Antrag aus Brandenburg 2017 die Losung des
1164 Bundestagswahlprogramms um das Wort FRIEDEN ergänzt. Diesem Wort müssen nun auch
1165 nach der Wahl konkrete Taten folgen.

1166 Das Wissen über den Ernst der Lage und die Zusammenhänge von Umweltzerstörung –
1167 Rüstung – psychologischer und propagandistischer Kriegsvorbereitung – atomarem
1168 Staatsterrorismus – militärischer Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten –
1169 Sozialabbau ist bei vielen Bürger*innen – auch in politisch aktiven Kreisen – leider oft nur
1170 oberflächlich und muss unbedingt durch Information und Aufklärung ergänzt werden. Nur
1171 dadurch kann es möglich werden, die Menschen zum gemeinsamen Aufstehen gegen die
1172 laufenden kriegerischen Auseinandersetzungen und die Gefahr eines erneuten Weltkriegs zu
1173 mobilisieren.

1174 Die Friedensfrage hat ähnliches Bündnis- und Mobilisierungspotential wie die
1175 Auseinandersetzungen um TTIP/CETA.

A12: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin, Kreisvorstand DIE LINKE. Oder-Spree

1176 **Aufstellung von Landeslisten**

1177 Bei der Aufstellung von Landeslisten der Partei DIE LINKE zu Bundes- und Landtagswahlen im
1178 Land Brandenburg sind die Listenplätze Nr. 3, 6, 9, 12 usw. Bewerber*innen vorbehalten, die
1179 bisher kein Mandat im Landtag, Bundestag oder Europäischen Parlament oder eine
1180 hauptamtliche Wahlfunktion in der Partei DIE LINKE innegehabt haben.

A13 Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Dr. Artur Pech, Kreisvorstand DIE LINKE. Märkisch-Oderland

Bundesinitiativen zur Einordnung breitbandiger Internetanschlüsse als Universaldienstleistungen nach § 78 Telekommunikationsgesetz (TKG)

1181 Der Landesparteitag beauftragt die Landtagsfraktion und Vertreter*innen der Partei DIE LINKE
1182 in der Landesregierung Brandenburg, sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass
1183 breitbandige Internetanschlüsse als Universaldienstleistung im Telekommunikationsgesetz
1184 (TKG) aufgenommen werden, um damit als Leistung der Grundversorgung und der staatlichen
1185 Daseinsvorsorge gesichert zu werden.

1186

1187 Begründung:

1188 Das Angebot von breitbandigen Internetanschlüssen wird bisher nicht als Leistung der
1189 staatlichen Daseinsvorsorge anerkannt und unterliegt nach dem Telekommunikationsgesetz
1190 nicht den Vorgaben der Grundversorgung. Damit ist einerseits kein Anbieter verpflichtet,
1191 Endkund*innen mit einem breitbandigen Internetanschluss zu versorgen. Andererseits
1192 resultiert aus dem gegenwärtigen gesetzlichen Regelungszustand ein Verstoß gegen den
1193 Verfassungsauftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik.

1194 Es besteht aktuell das Risiko, dass mit dem derzeit in Umsetzung befindlichen
1195 Breitbandausbauprogramm des Bundes, der Länder und Kommunen letztendlich doch keine
1196 flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen und kein Rechtsanspruch der
1197 Einwohner*innen auf einen breitbandigen Internetanschluss erreicht werden kann.

1198 Angesichts der außerordentlichen und weiter wachsenden Bedeutung des Internets für
1199 Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft rückt aber immer dringlicher in den Mittelpunkt
1200 des Interesses, wie eine qualitativ hochwertige Nutzung digitaler Netzwerke und Angebote
1201 möglichst allen Menschen überall in Deutschland ermöglicht werden kann. Deshalb ist es
1202 unumgänglich, dass breitbandige Internetanschlüsse als Leistung der Grundversorgung der
1203 Telekommunikation und damit als Leistung der staatlichen Daseinsvorsorge gesetzlich
1204 festgeschrieben werden.

A14 NEU: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: DIE LINKE. Cottbus

Unterstützende: Kreisverband Barnim, Kreisverband Brandenburg an der Havel, LAG Umwelt

1205 Straßenbahnen in Brandenburg erhalten!

1206 Der Parteitag fordert die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg auf, sich dafür
 1207 einzusetzen, dass im Doppelhaushalt 2019/2020 Mittel zum Erhalt der Straßenbahnen im Land
 1208 Brandenburg eingeplant werden. Die Förderung soll sich auf 50 Prozent der notwendigen Kosten
 1209 belaufen und ist den betreffenden Kommunen zur Finanzierung zu übertragen.

1210

1211 Begründung:

1212 Straßenbahnen und Oberleitungsbusse sind ein wesentlicher und effektiver Teil der E-Mobilität.
 1213 Sie sind in folgenden Städten im Einsatz:

1214	• Eberswalde:	37,2 km Netz
1215	• Potsdam	28,9 km Netz
1216	• Cottbus	20,1 km Netz
1217	• Frankfurt (Oder)	19,5 km Netz
1218	• Brandenburg an der Havel	17,6 km Netz
1219	• Schöneiche bei Berlin	14,1 km Netz
1220	• Strausberg	6,5 km Netz
1221	• Woltersdorf	5,6 km Netz

1222 Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge beträgt im Land Brandenburg 26,1 Jahre in einer
 1223 Schwankungsbreite zwischen 17 und 57 Jahren. Ohne den relativ neuen Wagenpark von
 1224 Potsdam beträgt das Durchschnittsalter 31,7 Jahre.

1225 Die Umgestaltung des Wagenparks in den nächsten Jahren ist nicht nur auf Grund der
 1226 Überalterung und der damit vorauszusehenden Verweigerung der Betriebsgenehmigungen
 1227 unabdingbar. Auch die barrierefreie Mobilität, ab 2022 ist sie gesetzlich vorgeschrieben, kann
 1228 mit der vorhandenen Technik nicht erreicht werden.

1229 In den betroffenen Verkehrsbetrieben ist festgestellt worden, dass auch eine, mancherorts
 1230 diskutierte, Abschaffung dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels das Problem nicht löst.
 1231 Die Umstellung dieses Teils des ÖPNV auf Busse wäre auf Dauer teurer und darüber hinaus
 1232 schlecht für die innerstädtische Luftqualität.

1233 Die bisherigen unterstützenden Mittel des Landes reichen bei weitem nicht aus. Eine
 1234 Aufstockung auf 50 Prozent Förderung würde die betreffenden Kommunen in die Lage
 1235 versetzen, diesen wichtigen Schritt in die Zukunft des ÖPNV zu gehen.

1236 Mit dem ÖPNV-Gesetz vom 26. Oktober 1995 hat das Land diesen Teil der Daseinsvorsorge zu
 1237 einer „freiwilligen Selbstverwaltungsaufgabe“ der Landkreise und kreisfreien Städte gemacht.
 1238 Diese Aufgaben können aber nicht allein geschultert werden.

1239 Zum Vergleich die Förderung von Straßenbahnbeschaffung in den anderen ostdeutschen
1240 Bundesländern: Das Land Sachsen fördert mit 50 Prozent, Thüringen mit bis zu 70 Prozent.
1241 Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben in den letzten Jahren durchschnittlich
1242 40 Prozent Förderung ausgereicht.

1243 Die Brandenburgische Landesregierung hat inzwischen eine Förderung i. H. v. 48 Mio. EUR für
1244 das gesamte Land in Aussicht gestellt. Die angedachte Verteilung sorgt bspw. dafür, dass für
1245 den Erhalt der Cottbuser Straßenbahnen 6,5 Mio. EUR zur Verfügung stehen werden. Der
1246 Investitionsbedarf beträgt allein in Cottbus aber ca. 45 Mio. EUR.

1247 Die Stadt Frankfurt (Oder) geht aktuell einen anderen Weg und prüft, die notwendigen
1248 Neubeschaffungen mit Krediten zu finanzieren. Ein gemeinsames Vorgehen aller betroffenen
1249 „Straßenbahn-Städte“ wäre jedoch viel sinnvoller. Im Rahmen einer gemeinsamen Beschaffung
1250 können in Summe Kosten gespart werden. Die betroffenen Verkehrsunternehmen sind bereits
1251 darauf vorbereitet.

1252 Insgesamt ist auch zu bedenken, dass Straßenbahnen nicht nur von den Einwohnerinnen und
1253 Einwohnern der betreffenden Kommunen genutzt werden, sondern auch ständig von
1254 Pendler*innen aus dem Umland und Besucher*innen. Sie stellen damit ein wichtiges Rückgrat
1255 für den ÖPNV in ganz Brandenburg dar. DIE LINKE setzt sich deshalb für ihren Erhalt ein.

A15: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Ortsverband Schöneiche bei Berlin, Kreisvorstand DIE LINKE. Oder-Spree

1256 **Einführung einer „Neuen-Quote“ auf Landeslisten**

1257 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

1258 Bei der Aufstellung von Landeslisten der Partei DIE LINKE zu Bundes- und Landtagswahlen im
1259 Land Brandenburg sind die Listenplätze Nr. 3, 6, 9, 12 usw. Bewerber*innen vorbehalten, die
1260 bisher kein Mandat im Landtag, Bundestag oder Europäischen Parlament oder eine
1261 hauptamtliche Wahlfunktion in der Partei DIE LINKE innegehabt haben.

1262

1263 **Begründung:**

1264 Die Geschlechterquotierung ist bei der Aufstellung von Wahllisten der Partei DIE LINKE nicht
1265 mehr wegzudenken. Dem liegt die Einsicht zu Grunde, dass Frauen im politischen Raum
1266 bestimmten gruppenbezogenen Benachteiligungen ausgesetzt sind und eine Quote als
1267 besonderes Förderinstrument dem Zweck dienen kann, ihnen eine gleichberechtigte politische
1268 Teilhabe zu ermöglichen. DIE LINKE rühmt sich berechtigterweise dafür, in ihren Fraktionen
1269 einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil aufzuweisen. Ob dieser auch ohne die
1270 Geschlechterquotierung erreicht werden könnte ist allerdings fraglich. Die Anwendung der
1271 Quote wird deshalb sinnvollerweise fortgesetzt.

1272 Neben den Frauen gibt es eine weitere Gruppe, die bei der Aufstellung von Wahllisten häufig
1273 strukturellen Nachteilen unterliegt – Bewerber*innen, die bisher kein Mandat und keine
1274 hauptamtliche Parteiwahlfunktion ausgeübt haben. Sie haben zwangsläufig keine eigenen
1275 Erfahrungen als Abgeordnete in einem parlamentarischen Betrieb, sind häufig bisher
1276 ausschließlich ehrenamtlich politisch aktiv gewesen. Gegenüber gewesenen Abgeordneten
1277 oder hauptamtlichen Parteifunktionär*innen haben sie eklatante „Wettbewerbsnachteile“
1278 hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur (fach-)politischen Profilierung, zum systematischen
1279 Netzwerken u. a. m. Ein politischer Quereinsteiger oder eine bisher auf landespolitischer Bühne
1280 kaum in Erscheinung getretene Genossin haben in der direkten Konkurrenz mit „altgedienten“
1281 Abgeordneten bei der Besetzung aussichtsreicher Listenplätze oft kaum eine Chance.

1282 Doch sowohl die Demokratie als auch ein vitale, moderne Linkspartei leben von regelmäßiger
1283 politischer und personeller Erfrischung. Ein Generationenwechsel ist zudem viel einfacher zu
1284 gestalten, wenn er nicht bruchartig mit einem Mal, sondern kontinuierlich erfolgt.

1285 Eine „Neuen-Quote“ für jeden dritten Listenplatz würde bedeuten, dass mehr Menschen ohne
1286 Parlaments- und Hauptamtshintergrund eine Chance auf ein Parlamentsmandat bekämen. In
1287 jeder Fraktion bzw. Landesgruppe wäre so eine überschaubare personelle Erneuerung von etwa
1288 einem Drittel der Mandate garantiert. Ob unsere Wahllisten gleichermaßen erfahrene
1289 Abgeordnete und neugierige Neulinge umfassen wäre dann organisatorisch sichergestellt und
1290 nicht mehr dem Abstimmungszufall überlassen. Dass jede*r Kandidat*in die Delegierten von
1291 ihren persönlichen politischen Zielen und persönlichen Eignung überzeugen muss bliebe
1292 unberührt. Eine „Neuen-Quote“ sorgte jedoch für etwas mehr „Waffengleichheit“ unter den
1293 Bewerber*innen.

Änderungsanträge

ÄA L1.1: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichender: Fritz Viertel

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

ÄA L1.1.1

Nach Zeile 160 einen weiteren Punkt einfügen:

- „Erhalt öffentlicher Räume als Gemeinbedarfs-, Grün-, Sport- und Erholungsflächen insbesondere im stark unter Bau- und Verdichtungsdruck stehenden Berliner Umland.“

ÄA L1.1.2

Zeilen 182/183, Satz streichen:

Streiche den Satz „Alexander Gauland steht fest an der Seite des völkischen und offen nazistischen Flügels um Bernd Höcke in der Bundespartei.“

ÄA L1.1.3

Zeile 211, Satz ergänzen:

Ergänze nach „... Oder und Neißة.“: „Aus diesen Gründen wird sich unser Landesverband aktiv an den Diskussionen der Bundespartei zur Vorbereitung der Europawahlen beteiligen und für die Entwicklung konkreter linker Perspektiven für ein sozial und ökologisch geeintes Europa werben.“

ÄA L1.1.4

Zeilen 219-221, Satz ersetzen:

Streiche den Satz: „Sie muss nicht nur gute Ideen für den Alltag entwickeln, sondern ihre politischen Anliegen auch durchsetzen!“

Ergänze den Satz: „Sie muss einerseits gute Ideen für den Alltag entwickeln, andererseits ihre politischen Anliegen auch durchsetzen wollen!“

Zeilen 221/222, ersetzen:

Streiche: „wieder als Kümmerer-Partei“

Ersetze: „als Mitmach-Partei“

Neuer Satz: „Und sie muss vor Ort als Mitmach-Partei ansprechbar, aktiv und attraktiv sein ...“

Zeile 225, Satz ergänzen:

Ergänze nach „... bis zum Sportverein“: „Grundlage hierfür ist die lokale Verankerung und das kommunalpolitische Engagement unserer Partei.“

Zeile 225, ergänzen:

Ergänze nach „... wir Menschen ...“: „ermutigen und“

Neuer Satz: „Nicht nur zu Wahlen, sondern im Alltag, wollen wir Menschen ermutigen und unterstützen, für ihre Interessen einzutreten ...“

Neuer Absatz Zeilen 218 - 227:

„Für uns heißt das: DIE LINKE muss sich im Osten und in strukturschwächeren Regionen wieder als attraktive politische Kraft mit realpolitischer und visionärer Potenz unter Beweis stellen. ~~Sie muss nicht nur gute Ideen für den Alltag entwickeln, sondern ihre politischen Anliegen auch durchsetzen!~~ Sie muss einerseits gute Ideen für den Alltag entwickeln, andererseits ihre politischen Anliegen auch durchsetzen wollen! Sie muss Motor für sozialen und ökologischen Fortschritt sein. Und sie muss vor Ort ~~wieder als Kümmerer-Partei~~ als Mitmach-Partei ansprechbar, aktiv und attraktiv sein – über Altersgrenzen und gesellschaftliche Gruppen hinweg, von der Volkssolidarität bis zum alternativen Jugendzentrum, von der Flüchtlingshilfe über den Nachbarschaftsstammtisch bis zum Sportverein. Grundlage hierfür ist die lokale Verankerung und das kommunalpolitische Engagement unserer Partei. Nicht nur zu Wahlen, sondern im Alltag, wollen wir Menschen ermutigen und unterstützen, für ihre Interessen einzutreten – für die Interessen der Vielen, nicht der Wenigen. Vor dieser Herausforderung stehen wir auch in Brandenburg.“

ÄA L1.1.5

Zeilen 228 - 223, ergänzen:

Streiche: „und mit den Kreisvorständen ins Gespräch kommen, sondern jeweils am Abend in jedem Kreis eine parteiöffentliche Abendveranstaltung anbieten. Uns interessiert, wie die gesellschaftliche und innerparteiliche Lage vor Ort eingeschätzt wird.“

Ersetze: „, sondern besonders auch Regionen und Parteistrukturen aufsuchen, denen keine festen Räumlichkeiten und kaum hauptamtliche Unterstützung zur Verfügung steht. Wir wollen sowohl mit den Kreisvorständen, als auch mit möglichst vielen Ortsverbänden, Gemeinden und Stadtfraktionen ins Gespräch kommen.“

Neuer Absatz: „Wir wollen daher im Rahmen einer Kreisbereisung im Jahr 2018 nicht nur möglichst alle Geschäftsstellen der LINKEN im Land besuchen ~~und mit den Kreisvorständen ins Gespräch kommen, sondern jeweils am Abend in jedem Kreis eine parteiöffentliche Abendveranstaltung anbieten. Uns interessiert, wie die gesellschaftliche und innerparteiliche~~

Lage vor Ort eingeschätzt wird, sondern besonders auch Regionen und Parteistrukturen aufsuchen, denen keine festen Räumlichkeiten und kaum hauptamtliche Unterstützung zur Verfügung steht. Wir wollen sowohl mit den Kreisvorständen, als auch mit möglichst vielen Ortsverbänden, Gemeinden und Stadtfraktionen ins Gespräch kommen.“

Zeile 234, ersetzen:

Streiche: „Bürger*innen“

Ersetze: „Einwohner*innen“

Neuer Satz: „Das gilt aber nicht nur innerhalb der Partei – auch gerade im ländlichen Raum müssen wir Wege finden, ansprechbar für die ~~Bürger*innen~~ Einwohner*innen zu sein.“

ÄA L1.1.6

Zeile 236, ergänzen:

Ergänze nach „Wie können neue ...“: „und langjährige“

Ergänze nach „... Mitglieder ...“: „gleichermaßen“

Neuer Satz: „Wie können neue und langjährige Mitglieder gleichermaßen mitbestimmen und wie können sie aktiv werden?“

Zeilen 237 - 239, ersetzen:

Streiche: „Wir sind Teil der demokratischen Bewegung,“

Ergänze: „Deshalb werden wir die Fäden mehrerer begonnener Parteireformprozesse der vergangenen Jahre wieder aufnehmen und diskutieren, wie unsere Organisationsstrukturen den Anforderungen einer modernen Mitmach-Partei gerecht werden können.“

Neuer Absatz: „Für uns gilt: DIE LINKE gehört ihren Mitgliedern und ist ihren Wähler*innen verpflichtet. Wir sind Teil der demokratischen Bewegung, Deshalb werden wir die Fäden mehrerer begonnener Parteireformprozesse der vergangenen Jahre wieder aufnehmen und diskutieren, wie unsere Organisationsstrukturen den Anforderungen einer modernen Mitmach-Partei gerecht werden können. Wir repräsentieren den gesellschaftlichen Wandel und wollen eine treibende Kraft des demokratischen und progressiven Lagers sein.“

Zeile 240, ergänzen:

Ergänze nach „Und unsere Mitglieder ...“: „und parteilosen Unterstützer*innen“

Neuer Satz: „Und unsere Mitglieder und parteilosen Unterstützer*innen sind es, die unsere konkreten politischen Reformideen bestimmen werden.“

Zeilen 241 - 243, ersetzen, streichen und ergänzen:

Streiche: „mit unseren Mitgliedern“

Ersetze: „deshalb von unten“

Streiche: „von unten“

Ergänze nach „... Landtagswahl 2019 ...“: „mit den politischen Schwerpunkten der LINKEN Brandenburg in der kommenden Wahlperiode“

Ergänze nach „... beginnen.“: „Außerdem wollen wir Perspektiven für unsere organisatorische Aufstellung als moderne Linkspartei im Flächenland Brandenburg entwickeln.“

Neuer Absatz: „Mit einem öffentlichen Zukunftsdialog werden wir ~~mit unseren Mitgliedern~~ deshalb von unten die Arbeit an unserem Wahlprogramm ~~von unten~~ für die Landtagswahl 2019 mit den politischen Schwerpunkten der LINKEN Brandenburg in der kommenden Wahlperiode beginnen. ~~Dabei diskutieren wir auch die politischen Schwerpunkte der LINKEN Brandenburg in der kommenden Legislaturperiode.~~ Außerdem wollen wir Perspektiven für unsere organisatorische Aufstellung als moderne Linkspartei im Flächenland Brandenburg entwickeln.“

ÄA L1.1.7

Zeilen 244 - 245, ersetzen:

Streiche: „Zukunftsdialogen“

Ersetze: „Zukunftswerkstätten“

Streiche „mit eigenen Schwerpunkten“

Ersetze: „und über geeignete Online-Kanäle“

Neuer Satz: „Wir werden uns in zwei großen ~~Zukunftsdialogen~~ Zukunftswerkstätten und in fünf Regionalkonferenzen ~~mit eigenen Schwerpunkten~~ und über geeignete Online-Kanäle insbesondere folgenden Themen widmen:“

Zeile 246, ersetzen:

- Streiche: „Mobilität und Landesentwicklung: Brandenburg und Berlin“
- Ersetze: „Mobilität für alle im ganzen Land“

Nach Zeile 246, einen weiteren Punkt einfügen:

- „Gemeinsame Landesentwicklung von Brandenburg und Berlin;“

Zeile 247, ersetzen:

- Streiche: „Digitalisierung – Infrastruktur, Wertschöpfungsmodelle, E-Gouvernement;“
- Ersetze: „Chancen und Risiken der Digitalisierung;“

Zeile 248, ersetzen:

- Streiche: „Arbeitswelt, Lohnentwicklung, ÖBS;“
- Ersetze: „Moderne Arbeitswelt, gerechte Lohnentwicklung, sanktionsfreie Existenzsicherung;“

Zeile 249, ersetzen:

- Streiche: • „Familienleben und Kinder in Brandenburg;“
- Ersetze: • „Familien und Kinder;“

Zeile 250, ersetzen:

- Streiche: „Demokratie, Antifaschismus, Teilhabe und Ehrenamt;“
- Ersetze: „Demokratie, Antifaschismus, politische Teilhabe und Ehrenamt;“

Zeile 252, ersetzen:

- Streiche: „Energiewendeland Brandenburg, Nachhaltigkeit, Umwelt, Klimaschutz;“
- Ersetze: „Klimagerechtigkeit, Energiewende, Umweltschutz;“

Zeile 253, ersetzen:

- Streiche: „Bildungsland Brandenburg;“
- Ersetze: „Gute und kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und beruflichen Weiterbildung;“

Zeile 254, ersetzen:

- Streiche: „Stadt- und Raumplanung: Stadt – Land – Fluss;“
- Ersetze: „Stadt- und Raumplanung mit Fokus auf bezahlbarem Wohnraum und Erhalt öffentlicher Räume;“

Zeile 255, ersetzen:

- Streiche: „Haltestelle Dorf.“
- Ersetze: „Umgang mit unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und -anforderungen im ländlichen Raum und im Berliner Umland.“

Neue Aufzählung Zeilen 246 - 255:

- ~~„Mobilität und Landesentwicklung: Brandenburg und Berlin für alle im ganzen Land;“~~
- „Gemeinsame Landesentwicklung von Brandenburg und Berlin;“
- ~~„Chancen und Risiken der Digitalisierung — Infrastruktur, Wertschöpfungsmodelle, E-Gouvernement;“~~
- „Moderne Arbeitswelt, gerechte Lohnentwicklung, ÖBS sanktionsfreie Existenzsicherung;“
- ~~„Familienleben und Kinder in Brandenburg;“~~
- „Demokratie, Antifaschismus, politische Teilhabe und Ehrenamt;“
- ~~„Energiewende Brandenburg, Nachhaltigkeit, Umwelt, Klimaschutz Klimagerechtigkeit, Energiewende, Umweltschutz;“~~
- „Bildungsland Brandenburg Gute und kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und beruflichen Weiterbildung“
- „Stadt- und Raumplanung: Stadt — Land — Fluss mit Fokus auf bezahlbarem Wohnraum und Erhalt öffentlicher Räume;“
- „Haltestelle Dorf Umgang mit unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und -anforderungen im ländlichen Raum und im Berliner Umland.“

ÄA L1.2: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichender: Martin Günther

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Zeile 165, Satz einfügen:

Ergänze nach „... Spaltung überlassen.“: „Eine Koalition mit oder unter Beteiligung der CDU schließen wir auch deshalb auf Landesebene aus.“

Neuer Absatz: „Wir kämpfen für ein soziales und gerechtes Brandenburg und die Chance, unsere Ideen erneut in einer Regierung umsetzen zu können. Wer will, dass es gerecht zugeht im Land, kann es nicht der CDU und ihrem Kurs der sozialen Spaltung überlassen. Eine Koalition mit oder unter Beteiligung der CDU schließen wir auch deshalb auf Landesebene aus. Wer mit der AfD Gespräche führt oder zusammenarbeitet, stellt sich politisch ins Abseits.“

ÄA L1.3: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Matthias Loehr, LAG LINKE Unternehmer*innen

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Nach Zeile 89, Absatz einfügen:

Ergänze nach „... haben wir soziale Kriterien eingeführt.“:

„Zahlreiche selbständige Handwerker*innen, Gewerbetreibende und Freiberufler*innen leisten unter schwierigen Bedingungen einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsaufkommen und schaffen zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze sowohl im Land Brandenburg als auch in Deutschland. Auch wenn die sogenannten ‚Notgründungen‘ aus der Arbeitslosigkeit heraus inzwischen stark rückläufig sind, stellt der Schritt in die Selbstständigkeit nach wie vor eine besondere Herausforderung dar. Für den Aufbau einer selbständigen Existenz sind umfassende Informationen, sorgfältige Planung und fachkundige Beratung existentiell. Mit der im März 2017 von der Landesregierung verabschiedeten Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie sollen die Brandenburgerinnen und Brandenburger für das Unternehmertum als Berufsalternative sensibilisiert werden.

Gründungen und vor allem Unternehmensnachfolgen sollen weiterhin begleitet und gefördert werden. Mit der Meistergründungsprämie werden in Brandenburg Handwerksmeisterinnen und -meister, die ein eigenes Unternehmen gründen oder eine bestehende Firma übernehmen, finanziell unterstützt. Die Prämie soll zugleich zur Sicherung des Unternehmensbestands im Handwerk als auch zur Bindung von Fachkräften beitragen.

Gerade in den dünn besiedelten Regionen unseres Bundeslandes sind diese Unternehmen das ‚Rückgrat‘ der Wirtschaft. Existenzgründerinnen und Existenzgründer schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern führen oftmals auch innovative Produkte und Dienstleistungen ein und tragen so zur Erneuerung unserer regionalen Wirtschaft bei.

Neben dem Zurückdrängen prekärer Arbeitsbedingungen gehört die Frage der sozialen Absicherung bei Krankheit, Insolvenz sowie Altersvorsorge bei Selbständigen verstärkt auf die politische Agenda. Auch Selbstständige brauchen den Schutz durch leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Selbstständige dürfen nicht aus den gesetzlichen Sicherungssystemen ausgeschlossen werden. Sie müssen zu akzeptablen Bedingungen Zugang zu den Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bekommen.

Das beginnt bei der Absicherung des Selbständigen und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch bei der Absicherung seiner Familienangehörigen. Dafür steht DIE LINKE im Land Brandenburg und fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat weiterhin für eine Stärkung der Handwerker, Freiberufler und Gewerbetreibenden einzusetzen.

Ein bereits im März 2017 auf gemeinsame Initiative der Länder Berlin, Thüringen und Brandenburg im Bundesrat beschlossener Antrag zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Solo-Selbstständigen wurde von der Bundesregierung bisher nicht umgesetzt.“

ÄA L1.4: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Matthias Loehr, LAG LINKE Unternehmer*innen

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Zeile 271, Satz einfügen:

Ergänze nach „... Freiheitsgewinner erhoffen.“: „So besteht die reale Chance künftig Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, da u. a. der Arbeitsplatz ortsungebunden sein kann.“

Zeile 273, einfügen:

Ergänze nach „... werden größer.“: „Im Rahmen der Digitalisierung wird die Zerlegung von Arbeitsprozessen weiter zunehmen. Hier besteht die Gefahr des Wachsens von selbstausbeuterischer Scheinselbständigkeit sowie sozial unsicherem Subunternehmertum. Vor diesem Hintergrund müssen die bestehenden Regelungen und Strukturen der sozialen Sicherung wie Altersvorsorge, Mitbestimmung, Arbeitsschutzregelungen, Arbeitsplatz- und Arbeitszeitregelungen für die digitale Arbeitswelt angepasst werden. DIE LINKE wird sich hierfür stark machen.“

Neuer Absatz Zeilen 266 - 275:

Als LINKE müssen wir die neuen Herausforderungen begreifen und uns den neu aufgebrochenen gesellschaftlichen Konflikten stellen, die sich aus der fortschreitenden Globalisierung und Internationalisierung, der Digitalisierung und technologischen Revolution ergeben – Prozesse, die wir europaweit beobachten können. Wir sehen auf der einen Seite die Gewinner*innen, die positive Erwartungen in die Modernisierungswelle setzen und Freiheitsgewinne erhoffen. So besteht die reale Chance künftig Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, da u. a. der Arbeitsplatz ortsungebunden sein kann. Und wir sehen auf der anderen Seite die Verlierer*innen, deren Jobs, Arbeitsbedingungen und Einkommen real gefährdet sind. Unsicherheiten, das eigene Leben planen zu können, werden größer. Im Rahmen der Digitalisierung wird die Zerlegung von Arbeitsprozessen weiter zunehmen. Hier besteht die Gefahr des Wachsens von selbstausbeuterischer Scheinselbständigkeit sowie sozial unsicherem Subunternehmertum. Vor diesem Hintergrund müssen die bestehenden Regelungen und Strukturen der sozialen Sicherung wie Altersvorsorge, Mitbestimmung, Arbeitsschutzregelungen, Arbeitsplatz- und Arbeitszeitregelungen für die digitale Arbeitswelt angepasst werden. DIE LINKE wird sich hierfür stark machen. Die Erfahrungen gesellschaftlichen Umbruchs, Erwerbslosigkeit durch Modernisierung und Unsicherheiten der frühen 1990er Jahre in Ostdeutschland werden bei vielen Menschen wieder wach.

ÄA L1.5: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: FAG FluMi

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Nach Zeile 105, Absatz einfügen:

Ergänze nach „... Nachhaltigkeitsstrategie ein.“:

„Das Land Brandenburg stand in den vergangenen Jahren vor der Herausforderung sehr viele Menschen, die zu uns geflüchtet sind, gut und menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen und die Bedingungen für eine schnelle Integration zu schaffen. Das ging nicht ohne die tausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Initiativen, Vereinen, Verbänden und Verwaltungen. Allerdings hat sich dadurch auch gezeigt, welche großartigen Potenziale in Brandenburg stecken und aktiviert werden können, wenn es nötig ist. Als LINKE in Regierungsverantwortung haben wir unseren Beitrag zum Gelingen geleistet: Wir haben mit dem neuen Landesaufnahmegesetz die Qualität der Unterbringung und der gesundheitlichen Versorgung verbessert und dafür gesorgt, dass die Migrationssozialarbeit deutlich gestärkt wurde. Und wir haben umfangreiche Maßnahmen für eine schnelle und nachhaltige Integration, bspw. im Bereich der Kitas und Schulen, des Arbeitsmarkts, der Sprachförderung und der Unterstützung Ehrenamtlicher ergriffen und werden auch weiterhin, bspw. durch den weiteren Ausbau der Migrationssozialarbeit, dafür sorgen, dass die Bedingungen für die Geflüchteten, sich hier bei uns in Brandenburg eine Lebensperspektive aufzubauen, verbessert werden.“

Uns war und ist aber auch wichtig, dass aufgrund der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten keine Einschränkungen für die Brandenburger*innen entstehen. Wir haben versprochen, dass trotz dieser großen Aufgabe keinerlei Abstriche in anderen Bereichen gemacht werden – und das haben wir eingehalten.“

ÄA L1.6: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Karin Heckert, Andrea Johlige, Thomas Lück, Jörg Schönberg, Susanne Schwanke-Lück

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

ÄA L1.6.1

Zeile 27, Satz ergänzen:

Ergänze nach „... Neue Antworten“: „Noch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen 2019 wollen wir Vorschläge vorlegen und breit diskutieren, wie wir verlorene Wählerschichten zurückgewinnen können.“

ÄA L1.6.2

Zeilen 31/32, Satz ersetzen:

Streiche den Satz: „Nicht nur dies zwingt uns, unsere Positionen in der Regierung klarer zu definieren und offensiver in die Öffentlichkeit zu tragen.“

Ergänze den Satz: „Wir müssen stärker als bisher unsere Positionen in der Regierung klar definieren und offensiver in die Öffentlichkeit tragen.“

Neuer Absatz Zeilen 29 - 33:

„Als Teil der rot-roten Regierungskoalition müssen wir feststellen: Im Jahr 2017 waren bei der Bundestagswahl beide Regierungsparteien weit von einer strukturellen Mehrheit entfernt. ~~Nicht nur dies zwingt uns, unsere Positionen in der Regierung klarer zu definieren und offensiver in die Öffentlichkeit zu tragen.~~ Wir müssen stärker als bisher unsere Positionen in der Regierung klar definieren und offensiver in die Öffentlichkeit tragen. Wir werden selbstkritisch zu prüfen haben, wo unsere Politik den eigenen Ansprüchen nicht genügt, ...“

ÄA L1.6.3

Zeile 94, streichen:

Streiche: „wieder

Neuer Satz: „Wir haben die Krankenschwester ~~wieder~~ in die Schulen geholt und das ‚Netzwerk gesunde Kinder‘ ausgebaut.“

ÄA L1.6.4

Zeile 109, einfügen:

Ergänze nach „... von Landesbediensteten“: „Wir waren jedoch nicht nur in den Parlamenten aktiv. Wir LINKE haben uns in gesellschaftspolitische Debatten eingebracht, haben uns in Kommunalvertretungen, in Vereinen und Verbänden und in Initiativen für ein gutes, soziales und gerechtes Brandenburg engagiert. Wir haben uns Nazis, Rechtspopulist*innen und Rassist*innen entgegengestellt und in Bündnissen und Initiativen für ein weltoffenes Brandenburg gekämpft.“

ÄA L1.6.5

Zeile 110, ersetzen:

Streiche: „Unsere Wähler*innen“

Ersetze: „Die Menschen in Brandenburg“

Neuer Satz: „~~Unsere Wähler*innen~~ Die Menschen in Brandenburg erwarten von uns mehr.“

ÄA L1.6.6

Nach Zeile 133 einen weiteren Punkt einfügen:

- Ergänze: „Stopp des Personalabbaus bei der Brandenburger Polizei und zusätzliche Beförderungen für Polizistinnen und Polizisten sowie die Stärkung des Kriminaldauerdienstes.“

ÄA L1.6.7

Zeile 140, ersetzen:

Streiche: „Familien“

Ersetze: „Menschen“

Neuer Satz: „Wir wollen, dass ~~Familien~~ Menschen gern und in sozialer Sicherheit in Brandenburg leben können.“

ÄA L1.6.8

Zeile 141, ergänzen:

Ergänze nach „... Kindern, über ...“: „Familien und“

Neuer Satz: „Im Zentrum unserer Politik steht der Mensch – angefangen bei den Kindern, über Familien und Erwerbstätige bis hin zu den Senior*innen des Landes. Klar ist, DIE LINKE ist der soziale Motor in Brandenburg!“

ÄA L1.6.9

Zeilen 148/149, ersetzen:

- Streiche: „dass ein gesundes Mittagessen für jedes Kind zum kostenfreien Schulbesuch dazugehört,“
- Ersetze: „ein kostenfreies gesundes Mittagessen für jedes Kind zum Schulbesuch dazugehört,“

ÄA L1.6.10

Zeilen 150/151, ersetzen:

- Streiche: „die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung nicht nur in einigen Landkreisen, sondern in allen zur Selbstverständlichkeit wird,“
- Ersetze: „die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung landesweit zur Selbstverständlichkeit wird,“

ÄA L1.6.11

Zeile 152, ersetzen:

- Streiche: „Eltern von weiteren Entlastungen bei den Kita-Gebühren profitieren können,“
- Ersetze: „der Kita-Besuch für alle Kinder gebührenfrei wird,“

ÄA L1.6.12

Nach Zeile 152 einen weiteren Punkt einfügen:

- Ergänze: „bedarfsgerecht ausreichend Lehrerstudienplätze geschaffen werden, um dem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Lehrkräften gerecht zu werden,“

Begründung:

Das Land Brandenburg hat, so beschreibt es auch der Leitantrag, neue und mehr Stellen im Bildungsbereich, z. B. für das „Gemeinsame Lernen“. Diese Stellen können aber teilweise nicht fachgerecht besetzt werden. Nur über Seiteneinsteiger*innen ist dieses Problem nicht lösbar.

ÄA L1.6.13

Nach Zeile 154 einen weiteren Punkt einfügen:

- Ergänze: „die demokratische Willensbildung in den Kommunen verbessert, die Jugendbeteiligung gestärkt und die flächendeckende Einführung von Inklusions- und Migrationsbeiräten forciert wird,“

ÄA L1.6.14

Nach Zeile 154 einen weiteren Punkt einfügen:

- Ergänze: „ehrenamtliche politische Arbeit in den Kommunen stärker durch verbesserte Bedingungen für die Arbeit der Mitglieder in Kommunalvertretungen und sachkundigen Einwohner*innen sowie eine verbesserte Ausstattung der Fraktionen unterstützt wird,“

Neue Aufzählung Zeilen 147 - 160:

„Wir wollen dafür sorgen, dass

- Kinderarmut im Land wirksam zurückgedrängt werden kann,
- dass ein kostenfreies gesundes Mittagessen für jedes Kind zum ~~kostenfreien~~ Schulbesuch dazugehört,
- die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung ~~nicht nur in einigen Landkreisen, sondern in allen~~ landesweit zur Selbstverständlichkeit wird,
- ~~Eltern von weiteren Entlastungen bei den Kita-Gebühren profitieren können~~ der Kita-Besuch für alle Kinder gebührenfrei wird,
- bedarfsgerecht ausreichend Lehrerstudienplätze geschaffen werden, um dem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Lehrkräften gerecht zu werden,
- der landesspezifische Vergabe-Mindestlohn auf 10 Euro erhöht wird, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können,
- die demokratische Willensbildung in den Kommunen verbessert, die Jugendbeteiligung gestärkt und die flächendeckende Einführung von Inklusions- und Migrationsbeiräten forciert wird,
- ehrenamtliche politische Arbeit in den Kommunen stärker durch verbesserte Bedingungen für die Arbeit der Mitglieder in Kommunalvertretungen und sachkundigen Einwohner*innen sowie eine verbesserte Ausstattung der Fraktionen unterstützt wird,
- die Schulden Spirale mit Hilfe einer Teilentschuldung besonders hart betroffener Kommunen durchbrochen wird,
- ein neues Finanzausgleichsgesetz auch perspektivisch finanzielle Sicherheit für die Kommunen in allen Landesteilen schafft,
- der Öffentliche Dienst zukunftsfest gestaltet wird,
- bezahlbares Wohnen in allen Landesteilen ermöglicht wird.

ÄA L1.6.15

Zeilen 167/168, ersetzen:

Streiche nach „... jeden Preis“: „. Wir begeben uns nicht in einen Konstellationswahlkampf“

Ergänze nach „... sondern ...“: „wir“

Neuer Absatz: „Uns geht es nicht um ein Regieren um jeden Preis. ~~Wir begeben uns nicht in einen Konstellationswahlkampf~~, sondern wir streiten bei den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlkämpfen für eine starke LINKE, ...“

ÄA L1.6.16

Zeilen 220, einfügen:

Ergänze nach „sondern ...“: „diese auch verständlich kommunizieren und“

Neuer Satz: „Sie muss nicht nur gute Ideen für den Alltag entwickeln, sondern diese auch verständlich kommunizieren und ihre politischen Anliegen auch durchsetzen!“

ÄA L1.6.17

Zeile 228, ersetzen:

Streiche: „Wir wollen“

Ersetze: „Der Landesvorstand wird“

ÄA L1.6.18

Streiche: „nicht nur möglichst“

Neuer Satz: ~~„Wir wollen~~ Der Landesvorstand wird daher im Rahmen einer Kreisbereisung im Jahr 2018 ~~nicht nur möglichst~~ alle Geschäftsstellen der LINKEN im Land besuchen und mit den Kreisvorständen ins Gespräch kommen, sondern jeweils am Abend in jedem Kreis eine parteiöffentliche Abendveranstaltung anbieten.“

ÄA L1.6.19

Nach Zeile 234 einfügen:

Ergänze nach „... zu sein.“: „Die Landtagsfraktion wird gebeten, Formate zur regelmäßigen Präsenz vor Ort zu entwickeln, die an die guten Erfahrungen der Regionaltage und Regionalkonferenzen anknüpfen.“

ÄA L1.6.20

Zeile 257, ergänzen:

Ergänze nach „Wir wollen ...“: „und müssen“

ÄA L1.6.21

Zeile 259, ersetzen:

Streiche: „wollen“

Ersetze: „werden“

Zeile 260, ersetzen:

Streiche: „wollen“

Ersetze: „werden“

Zeile 263, ersetzen:

Streiche: „wollen“

Ersetze: „werden“

ÄA L1.6.22

Zeile 262, ersetzen:

Streiche: „Neuen“

Ergänze: „Mitgliedern“

Neuer Absatz Zeilen 256 - 264:

„Wir werden die Neumitgliedertreffen auf Landesebene in Zukunft stärker an der Mitgliedschaft ausrichten. Wir wollen und müssen fragen und zuhören: Welche Beweggründe haben Menschen, sich in der LINKEN zu engagieren? Was sind ihre Erwartungen und Wünsche? Was sind die brennenden Themen? Wir ~~wollen~~ werden aber auch Mitglieder einladen, die schon länger dabei sind, zu erzählen, wie es ist, Mitglied der LINKEN zu sein. Wir ~~wollen~~ werden dem eigenen Veränderungsanspruch Raum geben und zum mitverändern einladen. Eine besondere Rolle haben hierbei auch unsere Landesarbeitsgemeinschaften, denn hier ist es ~~Neuen~~ Mitgliedern möglich, sich nach ihren Interessen inhaltlich einzubringen. Aber wir ~~wollen~~ werden auch diejenigen einladen, die Mitgliederarbeit in den Kreisen machen, mitzureden und zuzuhören.“

ÄA L1.6.23

Nach Zeile 265 einfügen:

Ergänze nach „... bereits Realität.“: DIE LINKE wäre nichts ohne ihre Mitglieder. Wir bedanken uns bei allen, die in den vergangenen Jahren die Arbeit der Partei in der Fläche aufrechterhalten,

für unsere Inhalte gestritten, Flyer und Zeitungen gesteckt, Plakate aufgehängt, Websites aktualisiert und auf vielfältige andere Art für DIE LINKE gearbeitet haben! Wir wissen, dass nicht alle unsere Mitglieder so mobil und aktiv sein können wie früher. Dennoch werden wir sicherstellen, dass auch die älteren, nicht so mobilen und nicht an digitale Medien angeschlossenen unter uns sich aktiv in das Parteileben einbringen können.“

ÄA L1.7: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Kerstin und Rudolf Brendler

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Zeile 140, einfügen:

Ergänze nach „... geht es uns.“: „Wir wollen, dass im Land Brandenburg der 16. September gesetzlicher Feiertag wird. An diesem Tag wurde 1664 das Brandenburgische Toleranzedikt beschlossen, das als Symbol für Willkommenskultur und Religionsfreiheit steht. Brandenburg kann stolz sein auf diese Tradition der Offenheit, Integrationsfähigkeit und Toleranz.“

Begründung:

Die Toleranzedikte vom 16. September 1664 (Brandenburgisches Toleranzedikt) und vom 29. Oktober 1685 (Potsdamer Toleranzedikt) haben Brandenburg zu dem gemacht, was es heute ist. Sie loteten ausländische Glaubensflüchtlinge ins Land und hatten Strahlkraft auf die Entwicklungen in ganz Europa. Die gewährten Freiheiten für die Zuwandernden waren außergewöhnlich modern und hatten enorme wirtschaftliche Prosperität für Brandenburg zur Folge.

Damit die Bevölkerung diese identitätsstiftende Vergangenheit im Bewusstsein ausreichend verankern kann ist ein landesspezifischer gesetzlicher Feiertag angemessen. Er schafft Anlass und freie Zeiteinheiten, um in der Gegenwart entsprechende Aktivitäten ausgiebig pflegen und würdig begehen zu können. Es ist auch eine Geste der Anerkennung und des Respektes gegenüber den Leistungen von Einwandernden und Aufnehmenden über Landesgrenzen und Jahrhunderte hinweg bis in die Neuzeit.

Ein 11. arbeitsfreier gesetzlicher Feiertag in Brandenburg ist zudem ein weiterer Schritt in Richtung Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse mit der Mehrheit der Bundesländer und kann als kleiner Beitrag gegen die Lohndifferenz zum Rest der Republik gelten. Freie Zeit kommt unabhängig vom Geldbeutel allen gleichermaßen zugute.

ÄA L1.8: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Felix Thier, Kreisverband Teltow-Fläming

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Zeile 204, Satz einfügen:

Ergänze nach „... Parlamente stärken.“: „Dazu gehört für uns das Initiativrecht für das Europäische Parlament.“

Neuer Absatz Zeilen 199 - 206:

„Wir LINKEN Brandenburg bekennen uns zur europäischen Idee! Gegen ein unsoziales Europa der Konzerne, der Lobbyisten und der Verwaltung setzen wir uns für ein Europa der sozialen Verantwortung, des sozialen und demokratischen Miteinanders, der Mitbestimmung und der nachhaltigen Entwicklung ein. Wir brauchen europäische soziale Mindeststandards und eine wirkliche europäische Demokratie! Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Dazu gehört für uns das Initiativrecht für das Europäische Parlament. DIE LINKE Brandenburg wird sich weiter für eine starke europäische LINKE einsetzen – in den Parlamenten, in der Regierung und auf der Straße – und steht an der Seite der Länder Südeuropas, die unter der europäischen Austeritätspolitik leiden.“

Begründung:

Bisher kann das Europäische Parlament, das einzige direkt von den EU-Bürger*innen gewählte Vertretungsorgan, nur über Dinge beschließen, die ihm Ministerrat und/oder EU-Kommission vorlegen. Nur in sehr begrenzten Ausnahmen darf das Europäische Parlament eigeninitiativ tätig werden. Stärkung der Demokratie und des Vertrauens in europäische Institutionen bedeutet aber auch, mehr Einfluss durch die Bürger*innen Europas in Brüssel und Straßburg deutlich machen zu können. Das Europäische Parlament bzw. dessen Fraktionen sollten auch Gesetzentwürfe selbst erarbeiten/vorlegen dürfen, ohne auf den guten Willen von Ministerrat oder EU-Kommission angewiesen zu sein. Mit den Worten Gabi Zimmers: „Das EU-Parlament sollte zur ersten Kammer der EU-Gesetzgebung werden.“

ÄA L1.9: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Felix Thier, Kreisverband Teltow-Fläming

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Zeile 285, einfügen:

Ergänze nach „Für eine ...“: „nachhaltige“

Neuer Satz:

„Für eine nachhaltige soziale, gerechte und demokratische Zukunft Brandenburgs!“

Begründung:

Auf die ganze Diskussion und jahrelange Debatte (mit der SPD) zum Begriff und der Verankerung der Nachhaltigkeit in der Politik muss ich nicht mehr eingehen. Insbesondere unser ehemaliges LINKEN-Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bzw. Anita Tack können hiervon ein Lied singen. Ohne nachhaltiges Handeln können wir uns alles an sozialen, gerechten und demokratischen Zielen und Zukunftsvisionen sparen – wenn nichts mehr da ist als Lebensgrundlage, gibt es eh keine Zukunft mehr. Und eben das sollten wir im Antrag auch so deutlich zum Ausdruck bringen, als fettgedrucktes Fazit am Ende unseres Leitantrages.